ROTE ANNELIESE

Nr. 163 / Juli 2000 Fr. 3.50

Stromverteiler schlafen: Grosskunden laufen scharenweise davon

Seite 3

Tschuggen im Rutschen

Einige Chaletbesitzer des Feriendorfes Tschuggen ob Naters-Blatten wollen sich an den allgemeinen Kosten des Feriendorfes nicht mehr beteiligen. Gleichzeitig geben sie ihr Chalet nicht mehr zur Vermietung weiter. Der Grund: beim Kauf wurden sie über keine Auflagen und Bestimmungen informiert. Nicht zum ersten Mal wurden in der Spekulantensiedlung Tschuggen Leute übers Ohr gehauen.

Seite 8

Marchionne brütet: Probt jetzt Lonza-Swiss-Boss Blaser den internen Aufstand?

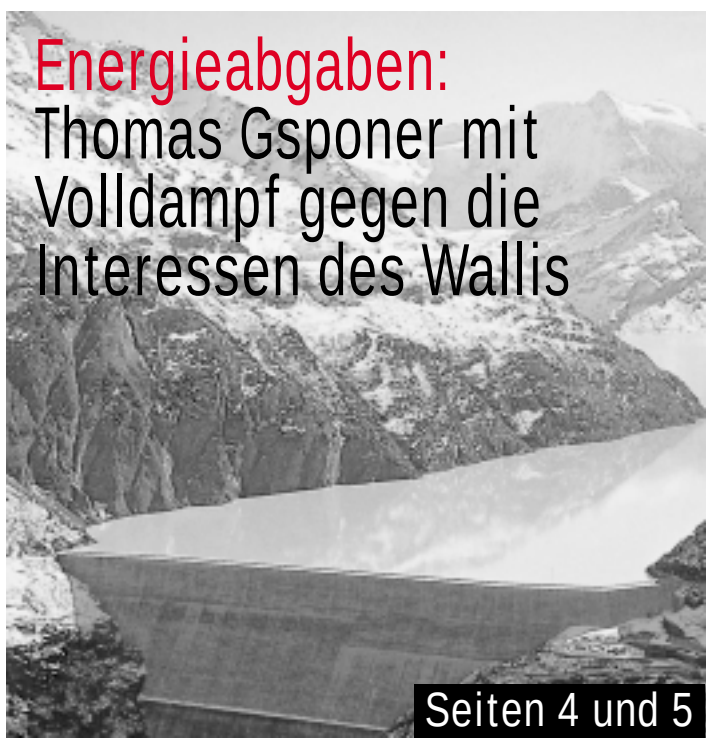
Seite 6

Charles-André Udry

engagierte sich schon mit 16 Jahren in der Sozialdemokratischen Partei Wallis. Im Jahre 1965 trat Udry der Vierten Internationalen bei und beteiligte sich an der Gründung der Revolutionären Marxistischen Liga der Schweiz. Udry studierte Geschichte und Wirtschaft. Er beantwortet der Roten Anneliese einige Fragen über den Sozialismus, die linken europäischen Regierungen und erklärt, wo von linker Seite dringender Handlungsbedarf besteht.

Seite 15

Energieabgaben: Thomas Gsponer mit Volldampf gegen die Interessen des Wallis



Seiten 4 und 5

Niklaus Meienberg: Ein Meister der literarischen Reportage Seiten 16 und 17

Dicke Eier

Dellberg

In der Unterwalliser SP-Fraktion macht sich Grossratssuppleant Henri Dumont aus Sitten langsam aber sicher einen guten Namen. Er interveniert regelmässig und tritt mit engagierten Voten an. Dies ist auch Staatsrat Rey-Bellet nicht verborgen geblieben. Nach einem hitzigen Votum wurde Henri Dumont von Staatsrat Rey-Bellet mit Herr Dellberg angesprochen. Karl Dellberg ist und bleibt im Kanton Wallis als Kämpfer für die kleinen Leute ein Begriff. Henri Dumont nahm die unerwartete Ehre stolz entgegen. *(ra)*

CVP-Arroganz

Zur Sicherung ihrer Pöstchen schreckt die übermächtige CVP vor nichts zurück. Zur Regelung der künftigen Richterwahlen schlug sie den Fraktionschefs eine Konvention vor. Danach hätte die SPO unterzeichnen sollen, dass sie mit keinem Sitz einverstanden ist. Als sich SPO-Fraktionschef Edgar Salzmann weigerte dieses Nullpapier zu unterzeichnen gaben sich die anderen Fraktionschefs erstaunt. Die Arroganz der Mehrheitspartei im Wallis geht längst auf keine Kuhhaut mehr. *(ra)*

Kein Fournier-Rücktritt

Staatsrat Fournier wurde von der SP-Fraktion im Zusammenhang mit seinen Äusserungen gegenüber Grossrat Henri Carron aufgefordert zurückzutreten. Dieser Aufforderung kam er wie erwartet nicht nach. Im kleinen Kreis erzählte er anderntags lachend im Grossratssaal, dass er mit seiner Frau darüber gesprochen habe. Diese hätte einem Rücktritt sofort zugestimmt. Ob Fourniers Gemahlin dabei die ausbleibende staatsrätliche Pension vergass bleibt ihr Geheimnis. *(ra)*

Hat er oder hat er nicht?

In der Maiausgabe der «Roten Anneliese» war zu lesen, dass Grossrat Thomas Gsponer vom eigenen Staatsrat zurückgepfiffen worden sei, als er es wagte, den Entwurf von Staatsrat Fournier zur territorialen Reorganisation öffentlich zu kritisieren. Gsponer hatte sich nach seinem Angriff vor dem versammelten Grossrat entschuldigt. Gegenüber der RA legt Gsponer jetzt Wert darauf, dass er sich bei Staatsrat Fournier nur der Form halber entschuldigt habe. Um definitiv Klarheit zu schaffen, wie und ob sich Gsponer beim Staatsrat entschuldigt hat, geben wir den genauen Wortlaut von Thomas Gsponer aus dem Grossratsprotokoll wieder: «Ich erlaube mir hier eine persönliche Erklärung abzugeben. Ich möchte mich hier in aller Form bei Herrn Staatsrat Fournier dafür entschuldigen, dass ich es gewagt habe, diese Vorlage, die wir heute diskutieren, als schwach und mangelhaft zu bezeichnen und zu betiteln. Der Walliser Bote hat meine Meinung korrekt wieder gegeben. … und ich halte nach wie vor zu dem was im Walliser Bote auch gesagt wurde…» *(ra)*

Josef Eschers linker Schwur

Der Gemeindeschreiber von Simplon-Dorf und CVPO-Grossrat Josef Escher legte an der Gemeindeversammlung vom 11. Mai ein bemerkenswertes Glaubensbekenntnis ab. Mit der «Roten Anneliese» in der rechten Hand erhob er seine **linke Hand** zum Schwur wider die «Rote Anneliese». Im RA-Artikel über die geplante Kläranlage sei nichts Wahres geschrieben. Er aber spreche die Wahrheit und nichts als die Wahrheit. Dabei richtete sich sein Blick auf den Gekreuzigten an der Wand. Der Herr möge ihm verzeihen! *(ra)*

Silvan Jergens Verzicht

In einem WB-Leserbrief vom 6. Juni schreibt Silvan Jergen, CVPO-Gemeindepräsident von Münster, er verzichte auf eine Stellungnahme zur wenig schmeichelhaften Einschätzung des kantonalen Finanzinpektorates. Dies führe in der Regel nur zu Polemiken. Sein guter Vorsatz war von kurzer Dauer. Eine Zeile später rechtfertigt er sich gegenüber dem «geneigten Leser» mit zehn Argumentationspunkten. *(ra)*

Kantonsrichter im Pech

Im Prozess gegen den ehemaligen WKB-Revisior Roger Roduit flog das Kantonsgericht gleich zweimal auf die Nase. Letztes Jahr hatte es Roduit wegen Urkundenfälschung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Im April dieses Jahres hat das Bundesgericht das Kantonsgericht zurückgepfiffen. Begründung: Das Delikt falle nicht unter Art. 251 aStGB, sondern unter Art. 46 des Bankengesetzes. Hierauf fällte das Kantonsgericht am 26. Juni ein Urteil gemäss Art. 46 des Bankengesetzes und stellte erschreckt fest, dass die Verfehlungen Roduits verjährt sind. *(ra)*

Impressum

Rote Anneliese (ra)
Auflage: 4000 Expl.
Jahresabo: Fr. 30.–
Unterstützungsabo: Fr. 60.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
– German Eyer (eg)
– Kurt Marti (ktm)

Freie MitarbeiterInnen
Renate Werlen, Ursula Schild, Peter Jossen, Cyrill Pinto, Dominik Luggen, Andreas Weissen (aw), Hilar Eggel (he) und andere

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
Fax 027 923 69 71
rote.anneliese@rhone.ch

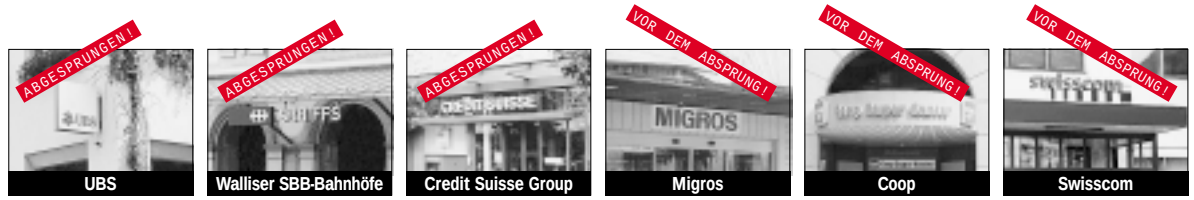
Inhalt dieser Nummer

Stromer schwimmen gegen die WEG ▶ Seite 3
Handelskammer auf Atompfad ▶ Seite 4
Lonza: Marchionne brütet ▶ Seite 6
Geschenke für Notare ▶ Seite 7
Tschuggen kommt ins Rutschen ▶ Seite 8
Naters in der Verkehrsmisere ▶ Seite 9
Klärschlammassel ohne Bewilligung ▶ Seite 10
Amadé Perrig will autofreies Goms ▶ Seite 11
Pflegepersonal läuft davon ▶ Seite 12
Professor kritisiert Walliser Gefängnisse ▶ Seite 13
Jumbo lässt man laufen ▶ Seite 14
Interview mit Charles-André Udry ▶ Seite 15
Meienberg: Der Meister der Sprache ▶ Seite 16
Wohin man/frau geht ▶ Seite 18
Ein altes Walliser Rezept ▶ Seite 19
SAT-Lohndrücker Steiner ▶ Seite 20

Des Rätsels Lösung heisst Verfahrenskoordination

Der in der Roten Anneliese erschienene Artikel von Kurt Marti «Nachträglicher Umweltbericht verschollen» erfordert eine Berichtigung. Am 15. Oktober 1999 hat die Bauherrschaft der Luftseilbahnen Fiesch-Eggishorn AG das Baugesuch für Unterhaltsarbeiten Panoramapiste im Nachvollzugsverfahren bei den Gemeinden Fiesch und Lax eingereicht. Aufgrund der betroffenen Pistenflächen erfordert das Bauvorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Das beauftragte Büro Raumplanung und Umwelt hat am 16. November die Voruntersuchung der Bauherrschaft unterbreitet und am 13. Dezember der Dienststelle für Umweltschutz als koordinierende Fachstelle für UVP unterbreitet. In der am 8. Februar 2000 zugestellten Stellungnahme zur Voruntersuchung und zum Pflichtenheft verlangt die Dienststelle für Wald und Landschaft nach der Schneeschmelze eine Ortsschau vor einer abschliessenden Stellungnahme. Sobald diese Ortsschau stattfinden kann, wird aufgrund des genehmigten Pflichtenheftes die UVP ergänzt und zusammen mit dem Baugesuch in den Gemeinden Fiesch und Lax öffentlich aufgelegt.

Jules Aufdereggen, Brig-Glis



Wie lange schlafen die Oberwalliser Stromverteiler noch?

Die Grosskunden laufen scharenweise davon!

(ktm) **– Die Oberwalliser Stromverteiler, allen voran das Elektrizitätswerk Brig-Naters (EWBN), haben Nerven. Ein Grosskunde nach dem anderen unterschreibt Lieferverträge mit der Swiss Citypower. Laut Recherchen der «Roten Anneliese» sind die Walliser Filialen der Credit Suiss Group (CSG) und die SBB-Bahnhöfe bereits unter Vertrag. Zur Zeit laufen die Verhandlungen mit Coop, Migros, Swisscom und weiteren sogenannten Bündelkunden.**

Für Alfred Bürkler, Geschäftsleiter der Swiss Citypower, ist klar: «Viele Stromverteiler haben immer noch das Gefühl, das Elektrizitätsmarktgesetz werde nicht so schnell kommen und es bestehe noch genügend Zeit. Das ist eine falsche Sicherheit.» Und er warnt vor der «Gefahr, die rasante Entwicklung auf dem Strommarkt zu verschlafen.»

Die Swiss Citypower ist eine Stromvertriebsgesellschaft, welcher 16 Stadtwerke der Deutschschweiz angehören. Die Swiss Citypower verkauft den sogenannten Bündelkunden (z. B. Coop, Migros, Credit Suisse, Swisscom) und ihren Filialen zu einheitlichen Bedingungen Strom. Geliefert wird der Strom von den lokalen Verteilwerken, welche der Swiss Citypower angeschlossen sind.

Martinach als Vorreiter

Sind die lokalen Stromverteiler nicht Mitglied der Swiss Citypower, können sie noch bis zum Zeitpunkt der Strommarktöffnung ihren eigenen Strom liefern. Bis dahin zahlt die Swiss Citypower die Differenz zwischen dem Strompreis der lokalen Anbieter und dem ausgehandelten Einheitspreis für die ganze Schweiz. Die Bündelkunden verpflichten sich, nach der definitiven Marktöffnung ihren Strom von der Swiss Citypower zu beziehen. Mit den Walliser Stromverteilern hatte die Swiss Citypower bereits Kontakte, wie Bürkler bestätigt. «Wir sind sehr interessiert, auch durch Partner im Wallis vertreten zu sein.» Doch bis jetzt verharren die Walliser Stromverteiler im Dornröschenschlaf. Einzig das Stadtwerk von Martinach ist seit kurzem Mitglied von Swiss Citypower.

Während die Oberwalliser Stromverteiler bequem zurücklehnen, laufen ihnen die Grosskunden scharenweise davon. Anfang Jahr wechselte die UBS zur Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel). Inzwischen hat sich die Swiss Citypower die Credit Suisse Group und die SBB-Bahnhöfe geangelt. «Mit Coop, Migros, Swisscom und weiteren Bündelkunden sind wir in Verhandlung.» Ein Wechsel ist nur noch eine Frage der Zeit. Bürkler ist überzeugt, dass «beim Energiegeschäft mit Endkunden eine gewisse Grösse notwendig ist, um die StromkundInnen optimal mit Strom und Energiedienstleistungen zu versorgen. Zudem ist eine Trennung des Verteilnetzes vom Energiegeschäft (sogenanntes Unbundling) sinnvoll. Wobei beim Verteilnetz ein kantonaler Zusammenschluss nicht zwingend ist.»

Plötzlich ist der Zug abgefahren

Die Oberwalliser Stromverteiler erreichen die optimale Grösse bei weitem nicht. Im Zuge der Sanierung der Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) haben sie bisher mit Händen und Füssen gegen einen Zusammenschluss gewehrt. Die Walliser Verteiler schaden sich damit laut Bürkler selbst: «Wenn die Walliser Stromverteiler Mitglied der Swiss Citypower wären, würden sie nicht nur von den regulierten Gebühren aus der Stromdurchleitung profitieren, sondern auch von den Erträgen aus dem Verkauf des eigenen Stroms. Sonst werden wir nach Marktöffnung den Strom liefern.» Weil die Stromverteiler einen Teil ihres Stromes von der WEG beziehen, werden sie die Verkaufseinbussen auf die WEG überwälzen, welche damit auf ihrem Strom sitzen bleibt. Das heisst die finanzielle Sanierung der WEG mit 150 Millionen Franken wird zum Fass ohne Boden.

Laut Bürkler ist es notwendig, die Weichen jetzt zu stellen. «Jetzt muss man sich das Wissen über Marketing und die verschiedenen Energiedienstleistungen aneignen. Das zentrale Ziel heisst Kundenbindung.»

Und er warnt: «Plötzlich ist der Zug abgefahren und der Rückstand auf die Konkurrenz zu gross.»

Kommentar

Schwarze Ohn(Macht)

Zuerst haben die Oberwalliser Schwarzen eine Gesamtsanierung der WEG unter Einbezug der Stromverteiler verhindert. Jetzt wollen sie plötzlich eine Gesamtsanierung auf finanzieller, struktureller und betrieblicher Ebene. Und im Grossen Rat enthielten sie sich kopfduckend der Stimme, als es um den 150 Millionen-Kredit des Kantons an die WEG ging. Doch so einfach kommen die schwarzen Kirchturmherren nicht davon, so billig können sie sich nicht aus der Verantwortung ziehen. Jetzt steht die CVP und ihre VertreterInnen in den Gemeinderäten, in den Verwaltungsräten der Elektrizitätswerke und im WEG-Verwaltungsrat in der Pflicht.

Was die Schwarzen unter einer Gesamtsanierung verstehen, wissen sie offenbar selbst nicht. Einziger Anhaltspunkt ist ihr Blindflug in bezug auf die Strommarktöffnung. Ihre personale Macht wandelt sich dabei blitzartig in verantwortungslose Ohnmacht. Den schwarz dominierten Stromverteilern laufen die Grosskunden scharenweise davon. Die Stromverteiler, allen voran das Elektrizitätswerk Brig-Naters, tun nichts, um diese zu halten. Sie schliessen sich nicht zusammen, wie dies in den meisten anderen Kantonen der Fall ist. Sie docken sich nicht bei der Swiss Citypower an. Sie machen sich gar lustig über die Westschweizer Stromverkaufsgesellschaft Avenis. Wenn die Oberwalliser Stromwerke weniger Strom verkaufen, dann kaufen sie auch weniger bei der WEG ein. So nagt die CVPO schon jetzt am 150 Millionen-Kredit, den der Grosse Rat gesprochen hat.

Die WEG ist gelb und die Oberwalliser Stromverteiler schwarz. So lautet die Logik der Schwarzen Fürsten. Und aus diesem Grunde ist die WEG auch nicht ihr Bier. Eine Entpolitisierung der Verwaltungsräte der Stromverteiler und der WEG ist also dringend notwendig. Es stehen nicht nur die 150 Millionen auf dem Spiel, sondern eine zukünftige und eigenständige Walliser Stromwirtschaft. Ohnmächtige schwarze Polterer haben darin nichts mehr zu suchen!

Kurt Marti

Walliser Handelskammer auf den Spuren der Atomlobby

Wirtschaftsförderer Thomas Gsponer mit Volldampf gegen die Interessen des Wallis

(ktm) **– Noch vor zwei Jahren hat der CSPO-Fraktionschef Thomas Gsponer im Grossen Rat eine Energieabgabe auf nicht erneuerbare Energien (Öl, Gas, Atom) gefordert. Als Direktor der Walliser Handelskammer lehnt er jetzt alle drei Energievorlagen vom Herbst ab und schiesst damit gleich fünf Eigentore. Mit fadenscheinigen Argumenten aus der Kiste der Atomlobby und der Grossindustrie!**

Am 12. Februar 1998 forderte CSPO-Fraktionschef Thomas Gsponer mit einer Interpellation «die Einführung einer Lenkungsabgabe auf nicht erneuerbare Energien», mit der Begründung die Wettbewerbsfähigkeit der Wasserkraft zu stärken. Als Direktor der Walliser Industrie- und Handelskammer ist er jetzt gegen die Förderabgabe von 0,3 Rappen pro Kilowattstunde auf Erdöl, Erdgas und Atomstrom. Die Förderabgabe fliesst in die Modernisierung der Wasserkraft, die Förderung der erneuerbaren Energien (Sonne, Holz, Erdwärme) und in die energietechnische Sanierung von Gebäuden.

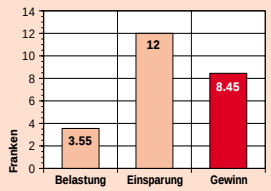
Vom Zweifel zur Überzeugung…

Kenner der Handelskammer vermuten, dass Gsponer sich der Meinung des Vorstand der Handelskammer kopfnickend fügte, welcher stramm die Linie des Schweizerischen Dachverbandes «Vorort», und damit der Grossindustrie und Atomlobby, vertritt *(siehe roten Kasten)*. Den Vorwurf des Kopfnickers lässt Gsponer nicht gelten: «Ich stehe voll hinter den Parolen der Walliser Industrie- und Handelskammer.» Anfangs sei er zwar «noch nicht mit voller Überzeugung» gegen die Förderabgabe gewesen. Doch dann habe für ihn das Argument der nicht amortisierbaren Investionen (NAI) den Ausschlag gegeben. Diese seien offenbar gar «nicht so hoch», wie immer behauptet.

Nicht so intensiv befasst

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Wasserkraft zu stärken, müsste man laut Gsponer die Steuern und Abgaben abbauen, welche rund 25 Prozent der Stromkosten ausmachten. Erstaunlicherweise stammt diese Zahl vom atomfreundlichen Stromverband VSE, der damit gegen die Wasserzinsen der Gebirgskantone Stimmung machte. Die Gebirgskantone haben diese Zahlen mit einer eigenen Studie bestritten und gezeigt, dass die Wasserzinsen eine gerechte Abgeltung für die Nutzung der Wasserkraft sind. Darauf angesprochen, sagte Gsponer, er habe sich mit dem Energiedossier «nicht so intensiv befasst.» Er habe noch andere Dossiers. Das Resultat sind fünf folgenschwere Eigentore:

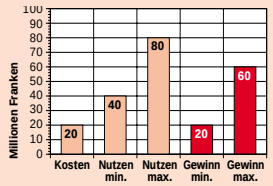
8,5 Franken Gewinn pro Person und Monat



Die Förderabgabe von 0.3 Rp./kWh kostet im Schnitt 3.55 Franken pro Person und Monat. Strompreissenkungen und erhöhte Energieeffizienz führen zu Einsparungen von 12 Franken. Das ergibt einen Nettogewinn von 8.45 Franken.

Quelle: Bundesamt für Energie

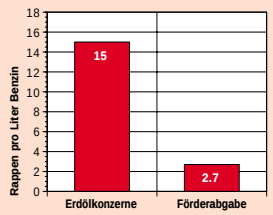
20–60 Millionen Gewinn für das Wallis pro Jahr



Die Förderabgabe kostet das Wallis im Jahr 20 Millionen Franken. Dem stehen Erträge von minimal 40 Millionen und maximal 80 Millionen entgegen. Daraus ergibt sich ein Nettogewinn von minimal 20 Millionen und maximal 60 Millionen pro Jahr.

Quelle: Kanton Wallis

Macht der Erdölkonzerne



Die Erdölkonzerne verursachten in den letzten Wochen eine Benzinpreiserhöhung von rund 15 Rappen pro Liter. Die Förderabgabe führt in den nächsten 10 Jahren zu einer Erhöhung von 2.7 Rappen pro Liter.

1 Frontal gegen die Wasserkraft:

Mit der Förderabgabe können die Wasserkraftwerke in der Übergangsphase der Marktöffnung modernisiert und vor dem Aufkauf durch ausländische Stromkonzerne geschützt werden. Der Kanton Wallis kann die Wasserkraftwerke beim Heimfall in gutem Zustand übernehmen. Laut Gsponer spielt es «keine Rolle», wem die Wasserkraftwerke in Zukunft gehören.

2 Für Ölscheichs und AKW-Betreiber:

Sowohl der Atomstrom wie auch die fossilen Energien (Erdöl, Erdgas) tragen ihre Umweltkosten nicht. Fossile und nukleare Energien werden künstlich verbilligt und die Wasserkraft wird benachteiligt. Die Förderabgabe schafft gleich lange Spiesse für die Wasserkraft. Laut Gsponer müssen die Energieabgaben «zuerst europäisch» (sprich: intergalaktisch) eingeführt werden.

Dissertation von Hans Wyer

Ein weiteres gelbes Kuckucks-Ei

Hans Wyer ist politisch verantwortlich für das 300 Millionen-Loch der WEG. Jetzt hat er – als späte Reue? – eine Dissertation über den Heimfall der Wasserkraft geschrieben. Darin spricht er sich für Energieabgaben aus, welche die Strommarktliberalisierung für die Wasserkraft abfedern soll. Doch auf Seite 81 liefert er den Gegnern der Energieabgabe aus den Kreisen der Stromwirtschaft eine Steilvorlage.

Die Entschädigung der Wasserkraft durch die Energieabgaben sei zwar «naheliegend, jedoch nicht zwingend.» Die Entschädigungspflicht sei im Elektrizitätsmarktgesetz zu lösen. Genau das haben die Gebirgskantone aber immer abgelehnt. Erstaunlicherweise argumentieren nun auch die Walliser Stromproduzenten und die Walliser Industrie- und Handelskammer in diese Richtung. In der Hoffnung auf dieses Hintertürchen stellen sie sich gegen die Energievorlagen, welche im Herbst zur Abstimmung kommen.

Die nicht amortisierbaren Investitonen der Grande Dixence (394 Millionen), der Electricité d'Emosson (147 Millionen), der Gommer Kraftwerke (76 Millionen) und der Salanfe SA (20 Millionen) gingen dann zu Lasten der Bundeskasse. Damit werden die Schlaumeier gegen die links-grün-alpine Allianz spätestens im National- und Ständerat Schiffbruch erleiden und schlussendlich mit leeren Händen dastehen. Diesen Tarif müssen nun die VertreterInnen der Gebirgskantone klipp und klar durchgeben!

Bild oben: *Der Walliser Verband für Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik (WVHL) setzt sich schon heute für Solaranlagen ein und empfiehlt ein dreifaches Ja.*
Bild rechts: *NAI der Grande Dixence in der Höhe von 400 Millionen: Die Wirtschaftsverbände tendieren auf eine Abgeltung durch Bundesgelder. Gleichzeitig sind sie für die Abschaffung der direkten Bundessteuer.*

3 Gegen ökologische Arbeitsplätze:

Die Förderabgabe ist auf den Sonnen- und Holzkanton Wallis und auf seine kleingewerbliche Struktur zugeschnitten. Der Walliser Verband für Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik (WVHL) hat die Zeichen der Zeit erkannt und unterstützt alle 3 Energievorlagen. Im Dienste der Grossindustrie argwöhnt Gsponer, dem WVHL gehe es vor allem um das «Abholen von Subventionen.»

4 Gegen glaubwürdigen Ökostrom:

Wenn Strom aus Wasserkraftwerken mit dem Label Ökostrom verkauft werden soll, dann müssen die Restwassermengen stimmn. Mit der Förderabgabe stehen Mittel für mehr Restwasser zur Verfügung. Gsponer fordert zwar ein verstärktes Marketing für Ökostrom aus Wasserkraft. Wer die Sanierung der Gewässer bezahlt, lässt er allerdings offen.

5 Gegen wirksamen Klimaschutz:

Mit der Förderabgabe wird der CO_2-Ausstoss gesenkt, welcher für die Klimaerwärmung mitverantwortlich ist. Für die Gebirgskantone ist es lebenswichtig, dass infolge der Klimaerwärmung, die Überschwemmungen, die Murgänge, das Auftauen des Permafrostbodens und das Abschmelzen der Gletscher nicht im bisherigen Mass weitergehen. Trotzdem setzt Gsponer auf eine intergalaktische Lösung.

Mit gezinkten Karten

Wirtschaftsverbände üben den Klassenkampf!

Die Walliser Industrie- und Handelskammer ist Mitglied des Schweizerischen Dachverbandes Vorort und hat dessen Parolen zu den Energievorlagen übernommen. Der Vorort fährt einen harten, neoliberalen Kurs im Interesse der Grossindustrie und der Atomlobby, und gegen die kleineren und mittleren Unternehmen (KMU), die ArbeitnehmerInnen und die sozial Schwächeren. Im neusten Steuerkonzept verlangt der Vorort die Abschaffung der direkten Bundessteuer und die Verlagerung auf die unsoziale Mehrwertsteuer. Zudem wehrt er sich mit Händen und Füssen gegen eine Kapitalgewinnsteuer. Unbeschreiblich war der Jubel der Wirtschaftsförderung, dem Sprachrohr des Vorortes, nach der abgelehnten Mutterschaftsversicherung.

Plötzlich für die Alleinerziehenden

Mit der Kampagne «Gegen neue und ungerechte Steuern auf Energie» schlägt das Herz des Vorortes und der Wirtschaftsförderung plötzlich für die sozial Benachteiligten: «Wir alle müssen tiefer ins Portmonnaie greifen – aber nicht alle im gleichen Ausmass. Viele werden besonders hart getroffen: zum Beispiel die Familien, der Mittelstand, die tieferen Einkommen, die RentnerInnen, die Randregionen und die Alleinerziehenden.» Wenig glaubwürdig, ja lächerlich hört sich die klassenkämpferische Rhetorik des Vorortes an: «Die neuen Steuern sind ungerecht. Einigen wenigen Profiteuren stehen viele Verlierer gegenüber.»

Probt Lonza-Swiss-Boss Blaser den internen Aufstand?

LONZA: Aufgepasst, Marchionne brütet!

(ra) **– Hinter den Kulissen der Lonza herrschen wieder einmal Nervosität und Aufregung. Die Spekulationen über die Zukunft des Unternehmens schiessen erneut ins Kraut. Alle fragen sich: Wohin geht die Lonza-Reise? Was brütet der grosse Zampano Marchionne in Zürich aus?**

Offenbar gibt es tatsächlich allen Grund, sich Sorgen zu machen. Lonza-Swiss-Boss Fritz Blaser, immerhin Präsident der Schweizer Arbeitgeber, soll kürzlich an einem Kader-Meeting sogar offen zur Selbsthilfe aufgerufen haben. Er habe, so wird erzählt, dazu aufgefordert, das Schicksal der Lonza selber in die Hand zu nehmen. Seither wird darüber gerätselt, ob Blaser damit ein Management Buyout, das heisst die Übernahme der Firma durch das Management gemeint habe.

270 Millionen zurück an die Alusuisse…

Weil die Dreier-Fusion Alcan – Péchiney – Algroup durch den Ausstieg von Péchiney nicht vollständig zustande kam, muss die Lonza laut dem seinerzeitigen Abspaltungsvertrag jetzt der Algroup wieder 270 Millionen Franken zurückgeben. Das tut der Lonza weh.

…trotzdem gut bei Kasse

Trotzdem ist sie weiterhin gut bei Kasse. So gut jedenfalls, dass Lonza-Chef Marchionne offen davon träumen darf, dass Spielraum für Aquisitionen in der Grössenordnung von 4 bis 5 Milliarden bleibt.

Deshalb kommt es nicht von ungefähr, dass die Lonza wieder im Mittelpunkt des Interesses steht:

- An der GV in Zürich liess Marchionne durchblicken, dass in der Konzernleitung und im Verwaltungsrat noch darüber gestritten wird, was mit der Lonza effektiv passieren soll. Auch neun Monate seit der Abspaltung der Lonza von der Algroup ist die neue Strategie noch nicht geboren.
- Viele Fachleute raten der Lonza sich auf das erfolgreiche Kerngeschäft Feinchemie und Spezialitäten zu konzentrieren. Dieser Fokussierung steht allerdings Marchionnes Hang nach Grösse und Weite im Wege, wie er an der GV selber durchblicken liess.

Dabei ist klar: Trotz einer ganz und einer halb gescheiterten Fusion, welche die Unternehmen jetzt während Jahren lähmte und viel Geld und Ressourcen kostete, wird Marchionne nicht aufgeben. Immer vorausgesetzt, dass Ebner den Fusions-Bruchpilot nicht fallen lässt. Dabei stehen drei realistische Varianten im Raum:

Sergio Marchionne.

Das Oberwallis tut gut daran, auf der Hut sein!

- **Erstens:** Die Lonza wird filetiert und stückweise versilbert.
- **Zweitens:** Die Lonza macht mit den 4 bis 5 Milliarden einen Zukauf und verdoppelt sich selber. Die Frage ist nur: Was ist auf dem Markt zu haben und zu bezahlen? Und welche Auswirkungen hätte das auf die bisherigen Standorte wie Visp?
- **Drittens:** Die Lonza versucht eine neue Fusion mit einem anderen Unternehmen.

WEG: Sitz der SP weg!

(ra) **– Die SP vertritt als einzige Partei die richtige Position – und wird vom bürgerlichen WEG-Kartell von CVP, CSP und FDP bestraft.**

Die SP hat in der Junisession im Grossen Rat als einzige Partei geschlossen gegen die erneute Finanzspritze von 150 Millionen für die Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) ohne klare Bedingungen gestimmt. An der WEG-GV ist die SP vom bürgerlichen Kartell von CVP, CSP und FDP dafür auf dem Fuss bestraft worden.

Der unfähige und viel zu grosse Verwaltungsrat wurde von 21 auf 20 Sitze reduziert, in dem der SP-Mann Cotter nicht mehr ersetzt wurde. Damit ist die SP indirekt nur noch mit Thomas Burgener im Verwaltungsrat vertreten – doch der sitzt nicht als SP-Vertreter sondern als Staatsrat im Verwaltungsrat. Und Thomas Burgener sollte zudem, geht es nach den Schwarzen und Gelben, den WEG-Karren allein aus dem tiefen Dreck ziehen.

Die Ironie der Geschichte:

- Thomas Burgener hat sich 1993 zusammen mit den SP-Leuten German Eyer und Beat Jost an der WEG-GV aktiv aber erfolglos gegen den fatalen RHOWAG-Fehleinkauf gewehrt.
- Für das Aktienpaket zahlte der Kanton damals der Alusuisse-Lonza 300 Millionen Franken – rund 150 Millionen zuviel. Wyer und Schnyder peitschten damals das Geschäft durch. Davon hat sich die WEG bis heute nicht erholt.
- Jetzt muss ausgerechnet Thomas Burgener die WEG sanieren. Der Gipfel: Obwohl der Kanton die Aktienmehrheit hat, sind die Vertreter des Staates im WEG-Verwaltungsrat in der Minderheit.
- In der Mehrheit sind dort schwarze, gelbe und blaue Verwaltungsräte, die entweder völlig überfordert sind oder – noch schlimmer – oft sogar andere Interessen vertretend, beispielsweise jene von regionalen Stromverteilunternehmen.

SP gegen Fass ohne Boden

Die SP war im übrigen nicht gegen eine echte und tragfähige Sanierung der WEG, sondern vor allem gegen den jetzt beschlossenen Blanko-Check. Der Kanton pumpt 150 Millionen in die marode WEG, ohne dass garantiert ist, dass die weiteren, ebenso wichtigen Sanierungsmassnahmen ebenfalls umgesetzt werden können. Insbesondere die regionalen Stromverteiler mauern seit Monaten gegen eine sinnvolle Zusammenarbeit und die dringend neuen Strukturen im künftig offenen Strommarkt.

Die fetten Gebühren für die Notare werden aufpoliert

Aufhebung der Wiederauszahlungsklausel

(eg) **– Notare kassieren happige Gebühren, sei dies für einen Kreditakt, einen Kaufakt oder einen Erbvorausbezug. Ab dem 1. Januar 2000 ist noch eins drauf gegeben worden. Jetzt muss man für jede Aufstockung eines alten Kredites wieder zu Notar und Grundbuch. Damit kassieren diese doppelt.**

Wer einen Kredit aufstocken will, kann nicht mehr auf den bereits abgschlossenen Akt zurückgreifen. Man muss noch einmal ins Grundbuchamt und zum Notar. Damit kassieren diese doppelt.

Während mehr als 20 Jahren funktionierte im Wallis folgendes System: Wer einen Kredit bei der Bank aufnahm, musste zum Notar. Dieser machte einen Kreditakt (Grundpfandverschreibung) und trug diesen ins Grundbuch ein. Für einen Kredit von 100 000 Franken gehen 400 Franken an das Grundbuchamt, der Notar kassiert 525 Franken. Für einen Kredit von 200 000.– zahlte man dem Grundbuch 1000 Franken und dem Notar 1025 Franken.

Mit dem gleichen Akt wieder Geld aufnehmen

Wer beispielsweise die Schuld auf seinem Haus im Verlaufe der Jahre um 100 000.– abzahlte konnte mit dem gleichen Kreditakt problemlos wieder Geld aufnehmen. Dies dank der sogenannten «Wiederauszahlungsklausel».

Um den Wechsel zu einer günstigeren Bank zu ermöglichen erfanden die Banken und die Notare die Inhaberobligation mit Grundpfandverschreibung (IOG). Aus dem einfachen Kreditakt wurde ohne Mehrkosten noch ein Inhaberpapier, das beliebig zwischen den Banken aber auch andern Geldgebern wie Versicherungen, Pensionskassen oder Privaten zirkulieren konnte.

Immer wieder zum Notar und zahlen

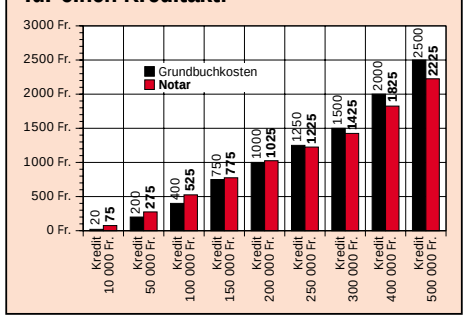
Dieses kostengünstige System wurde nun per 1.1.2000 ohne Vorankündigung aus heiterem Himmel aufgegeben. Einmal mehr hatten es die weltfremden Juristen am Bundesgericht, in den Rechtsdiensten der Banken und im Departement von Staatsrat Fournier geschafft, aus einer gut eingespielten Lösung ein Problem zu schaffen. Ab sofort ist die Wiederauszahlungsklausel nicht mehr zulässig. Wer also sein Haus teilweise abbezahlt hat muss erneut einen neuen Kreditakt bezahlen, was für einen Kreditbetrag von 100 000 Franken die stolze Summe von 1000 Franken an Grundbuch und Notars-Gebühren ausmacht. Dazu müssen die Inhaberpapiere in einem Gerichtsverfahren kraftlos erklärt werden was erneut mit Kosten von mindestens 1000 Franken verbunden ist.

KonsumentInnenfeindlicher Unsinn muss sofort gestoppt werden

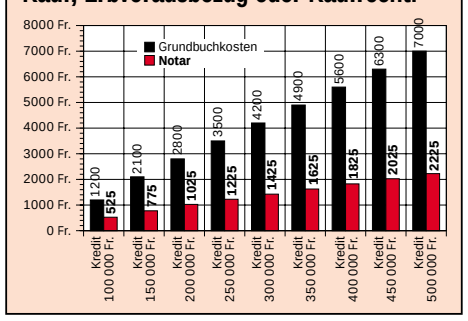
Nationalrat Peter Jossen, selber Notar, hat am ersten Tag der vergangenen Junisession eine Motion eingereicht, welche mit diesem konsumentInnenfeindlichen Unsinn, von dem nur die Grundbuchämter und die Notare profitieren, ein für alle Male aufhören soll. Am 9. Juni hat Nationalrat Peter Jossen die Banken aufgefordert, die bisherige Praxis wieder zuzulassen. Die «Rote Anneliese» wird am Ball bleiben.

Peter Jossen hat im Nationalrat eine Motion hinterlegt mit der er verlangt dass die gesetzlichen Grundlagen für die Wiederauszahlungsklausel auf Bundesebene geschaffen werden. Damit können unnötige Notars- und Grundbuchkosten gespart werden. In einem Schreiben, das an die Banken, an das kantonale Grundbuchinspektorat und an das Departement für Institutionen ging, hält Nationalrat Jossen zur Aufhebung der Wiederauszahlungsklausel fest, dass er bisher davon ausging, dass Juristen grundsätzlich da sind, um Probleme der Gesellschaft zu lösen. Nun müsse er feststellen, dass eine eingespielte kostengünstige Lösung mit wenig überzeugenden Argumenten, und offenbar ohne Abklärung von Alternativen, zum Nachteil der KonsumentInnen ausgehebelt wurde.

Soviel kassieren die Notare für einen Kreditakt:



Soviel kassieren die Notare bei einem Kauf, Erbvorausbezug oder Kaufrecht:



Die Honorare der Notare für einen Kreditakt sind happig: *Wofür ein einfacher Arbeiter tage- und wochenlang schuften muss benötigt der Notar eine knappe Stunde. Mit der Abschaffung der «Wiederauszahlungsklausel» kassieren die Notare jetzt gleich doppelt. Für jeden neuen Kredit muss man noch einmal zum Notar. Dabei kassieren die Notare schon kräftig bei einem Kauf, einem Erbvorausbezug oder einem Kaufrecht.*

Die Spekulationssiedlung ob Naters-Blatten kommt nicht zur Ruhe

Jetzt kommt «Tschuggen» auch noch finanziell ins Rutschen!

Während immer mehr Monaten sind die Fensterläden geschlossen.

(eg) **– Kürzlich erhielten Eigentümer der Chalets im Feriendorf «Tschuggen» Post von der Gemeinde Naters. Sie werden aufgefordert, ihre Beiträge an die Infrastruktur- und Betriebskosten des Feriendorfes zu leisten. Viele Eigentümer wollen davon nichts wissen. In «Tschuggen» herrscht dicke Luft.**

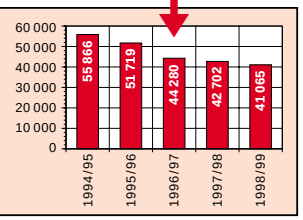
Ende der Siebzigerjahre wurde das Feriendorf «Tschuggen» über einen Quartierplan mit Reglement bewilligt. Nach diesem Reglement haben sämtliche Eigentümer Beiträge an die Betriebskosten des Feriendorfes zu leisten und ihr Ferienhaus, sofern es nicht selbst bewohnt wird, zur Vermietung weiterzugeben. Das war vor 20 Jahren. Inzwischen haben die Besitzer gewechselt.

Keine Ahnung von Auflagen

Ursprünglich war das Feriendorf «Tschuggen» zu nahezu 100 Prozent in deutschen Händen. Steuererleichterungen nach deutschem Recht machten damals den Kauf eines Ferienhäuschens im Ausland attraktiv. In der Zwischenzeit hat das Gesetz geändert und mit ihm die Besitzer der Ferienhäuschen in «Tschuggen». Weil die neuen Besitzer jedoch nichts wissen wollen von Auflagen bei der damaligen Baubewilligung weigern sie sich jetzt ihr Feriendomizil an Dritte weiterzuvermieten oder sich an den Kosten des Feriendorfes zu beteiligen. Sie wollen ihr Wochenendhäuschen dann benützen, wenn ihnen die Lust danach steht. Und sich an den Unterhalts- und Betriebskosten des Feriendorfes von mehr als 400 000 Franken pro Jahr zu beteiligen, kommt erst recht nicht in Frage. Die betroffenen Eigentümer geben sich auf Anfrage der «Roten Anneliese» zugeknöpft. Einem Prozess blicken sie jedoch gelassen entgegen.

Schönfärberei und Augenwischerei

«Tschuggen» hat eine lange Leidensgeschichte vor und hinter sich. Schönfärberei gekoppelt mit Augenwischerei ziehen sich wie ein roter Faden durch das mittlerweile 20-jährige Bestehen des Feriendorfes. Spekulant Joseph Stehlin, einstiger Immobilienkönig, stampfte das Feriendorf «Tschuggen» mit hundert Chalets für 30 Millionen Franken innert zweier Jahre aus dem Boden. Die Werbetour zum Kauf der Chalets lief vorab in Deutschland. Dabei wurde den potentiellen Käuferinnen vorgegaukelt, das Feriendorf sei über eine wintersichere Zufahrtstrasse erreichbar. Der Verkaufsprospekt war geschmückt mit schönen Landschaftsbildern aus dem Oberwallis anstatt mit den stotzigen Halden rund um «Tschuggen». Die in Windeseile zusammengebretterten Ferienhäuschen wiesen schon nach wenigen Jahren gravierende Baumängel auf. Die geprellten Besitzer begannen sich zu wehren. Ein Prozess jagte den anderen. Im Jahre 1987 musste Stehlin das Handtuch werfen. Seither versucht eine AG das Feriendorf «Tschuggen» über Wasser zu halten.



Einbruch der Übernachtungszahlen im Feriendorf «Tschuggen» während den letzten fünf Jahren.

Fatale Folgen für die Gemeinde

Die Weigerung der Eigentümer sich an den Kosten des Feriendorfes zu beteiligen und ihr Ferienhaus in einen Vermietungspool zu geben, kann in erster Linie für die Gemeinde fatale Folgen haben. Dann nämlich, wenn die Infrastruktur des Feriendorfes zusammenbricht wird die Feriensiedlung über kurz oder lang verlottern. Was wiederum für den Tourismus in Blatten und Belalp einen weiteren Einbruch der Übernachtungszahlen und damit an dringend notwendigen Einnahmen zur Folge hat. Ein Teufelskreis.

Das Feriendorf «Tschuggen» ob Naters-Blatten ist ein Lehrbeispiel für den kurzfristigen Bautourismus. Innerhalb kurzer Zeit sahnen einige wenige Spekulanten und Baulöwen die satten Gewinne ab. Die Folgekosten nach den goldigen Jahren werden dann auf die Allgemeinheit überwälzt.

Planval-Broschüre – rund 200 000 Fr. für alten Käse!

(eg) – Wer die vom Staatsrat in Auftrag gegebene Studie Ferienwohnungen im Wallis durchliest staunt nicht schlecht. Da sind in einem ersten Teil des Langen und Breiten Statistiken über die Entwicklung der Walliser Ferienwohnungen abgedruckt um dann in einem zweiten Teil über Stärken, Schwächen und Trends im Ferienwohnungsmarkt zu fabulieren. Um dann zum längst bekannten Schluss zu kommen, dass die Auslastung in der Parahotellerie mehr als lausig ist und die Infrastrukturkosten für die Gemeinden mehr als happig sind. Die vom Briger Planungsbüro PLANVAL verfasste Studie verliert sich sodann bei den vorgeschlagenen Massnahmen in allgemeinen Plattitüden und unverbindlichen Anregungen wie «gemeinsamer Marktauftritt oder Sensibilisierung der Bevölkerung für die Belange der Ferienwohungsvermietung». Eine Nachfrage beim zuständigen Staatsrat Wilhelm Schnyder ergab, dass das Verfassen der 60-seitigen Broschüre rund 170 000 Franken kostete. Hinzu kommen Druckkosten von 10 000 Franken. Dabei haben schon vor Jahren weitsichtige Touristiker die Nachteile des auf kurzfristigen Profit ausgerichteten Bautourismus aufgelistet und in aller Deutlichkeit die verantwortlichen Behörden davor gewarnt. Dass für diese längst bekannten Erkenntnisse im Nachhinein noch Papier für sündhaft teures Geld produziert wird, schlägt dem Fass den Boden aus.

Trotz allen Versprechen

Naters steckt in der Verkehrsmisere

Volksentscheid umgebogen
Petitionen verschlampt
Immer mehr Lärm und Gestank

(eg) **– Konzepte sind auf Papier geschrieben. Und Papier ist vergänglich. Das Natischer Verkehrskonzept ist ein Paradebeispiel dafür. Vor fünf Jahren hat der Gemeinderat von Naters 120‘000 Franken für dieses Konzept ausgegeben. Umgesetzt ist faktisch nichts ausser ein paar kosmetische Anpassungen. Für die hätte es beileibe kein Verkehrskonzept gebraucht. Ein Rundgang durch die Strassen von Naters.**

Jetzt drückt die SP Naters aufs Pedal

Tempo 30 innerorts!

Die Anliegen der betroffenen NatischerInnen an der Blattenstrasse, Furkastrasse oder Landstrasse sind alle dieselben: Beruhigung des Verkehrs und damit weniger Lärm und Gestank und mehr Sicherheit und bessere Wohnqualität. Jetzt bereitet die SP Naters einen Vorstoss auf Gemeindeebene vor: Generell Tempo 30 innerorts auf den Strassen von Naters. Denn richtig umgesetzt bedeutet Tempo 30 nachweislich bessere Lebensqualität und mehr Sicherheit. Was für 700 Tempo-30-Zonen in der Schweiz gilt hat auch für Naters seine Gültigkeit.

Beispiel Furkastrasse

Der Grossteil des motorisierten Verkehrs in Naters ist hausgemacht und rollt durch die Furkastrasse. Zum Leidwesen der vielen AnwohnerInnen. Vor ziemlich genau drei Jahren schlug die SP Naters dem Gemeinderat einen Wettbewerb zum Umbau der Furkastrasse vor, damit die Wohnqualität an diesem Strassenzug gesteigert wird. Der Gemeinderat nahm diesen Ball auf. Der Wettbewerb wurde durchgeführt, eine Jury nahm die Prämierung der verschiedenen Projekte vor, die Bevölkerung wurde mit grossem Trari Trara informiert. Und damit hatte es sich. Anstatt endlich mit der Umsetzung des Projekts des Wettbewerbssiegers vorwärts zu machen, rollt die Blechlawine ungehindert und planungslos weiter. Die berechtigten Hoffnungen der geplagten AnwohnerInnen auf Besserung haben sich in der Zwischenzeit längst wieder in stinkige Luft zerschlagen.

Beispiel Landstrasse

Auf keiner anderen Strasse in Naters bewegen sich so viele FussgängerInnen und VelofahrerInnen wie auf der Landstrasse. «Tempo 50» auf diesem Strassenteilstück ist unverantwortlich und kriminell. Darum verlangten besorgte AnwohnerInnen vor drei Jahren mit einer Petition die Einführung von Tempo 30 auf dieser Strasse. Einer Mehrheit des Gemeinderates ging das zu weit. Um doch nicht ganz das Gesicht zu verlieren, wurde zumindest die Einführung von «Tempo 30» freiwillig beschlossen. Eifrig legte der Rat die genauen Standorte mit den Plakaten «Tempo 30 freiwillig» fest. Und dabei blieb es. Trotz Ratsbeschluss wurde kein einziges Schild aufgehängt. Was in Wohnquartieren in anderen Dörfern und Städten längst eine Selbstverständlichkeit ist – nämlich die Beruhigung des motorisierten Verkehrs – scheint in Naters schier unmöglich.

Beispiel Lötschbergkreisel

Schon zu Zeiten von Alt Staatsrat und Betonfreund Bernard Bornet wurden landauf landab Kreisel gebaut. Anders in Naters. Ausser einem provisorischen Kreisel bei der Walliser Kanne ist in Naters nix mit Kreiseln. Dabei wäre gerade beim Hochhaus Lötschberg ein Kreisel aus Gründen der Verkehrssicherheit dringend notwendig. Zwar wurde mit der Planung dieses Kreisels schon vor einiger Zeit begonnen. Doch Frühling für Frühling pflanzt der Gärtner seine Veilchen und Rosen in die verstreuten Verkehrsinseln beim Verkehrskreuz Lötschberg. Jetzt hat der Natischer SP Grossrat Edgar Salzmann beim Staatsrat interveniert. Salzmann will vom Staatsrat wissen, wann mit dem Bau des Kreisels endlich begonnen werde und wer denn eigentlich für die Realisierung zuständig sei: die Gemeinde oder der Kanton? Denn nach Inbetriebnahme der Umfahrungsstrasse wurde die Linienführung an diesem Verkehrsknotenpunkt geändert. Seither kommt es an diesem Verkehrsknotenpunkt immer wieder zu Unfällen, weil die Linienführung geändert wurde.

Beispiel Parkgebühren

Es ist eine alte verkehrspolitische Weisheit: um den fahrenden Verkehr einigermassen in vernünftige Bahnen zu lenken muss der ruhende Verkehr bewirtschaftet werden. Gegen allerlei Widerstände nahm das Natischer Stimmvolk mit satter Zweidrittelsmehrheit vor fünf Jahren ein Parkplatzreglement an nach dem auf allen öffentlichen Parkplätzen Gebühren zu bezahlen sind. Gemäss dem Volkswillen wurden die öffentlichen Parkplätze mit Parkautomaten ausgestattet und möbiliert. Investitionssumme: 300 000 Franken. Kaum begannen die Automaten zu ticken, begannen die damaligen Gegner aus schwarzer Küche am Parkplatzreglement zu basteln und flicken und zogen ihm Zahn für Zahn. Heute ist das Reglement trotz klarem Volksentscheid an der Urne faktisch ausser Kraft gesetzt. Jetzt sprechen die Zahlen eine klare Sprache: Die Einnahmen für die Gemeinde gingen im letzten Jahr um mindestens 70 000 Franken zurück. Jetzt stellt sich für den Gemeinderat die ernsthafte Frage, die Parkautomaten an den Meistbietenden zu veräussern.

Gommer Klärschlammassel ohne Bewilligung des Kantons!

ARA-Chef Imhasly und die Weger Söhne AG stehen im Regen

(ktm) **– Sowohl der Betriebsleiter der ARA Brunni Ernst Imhasly und der Bauunternehmer Hans-Uli Weger behaupteten Anfang April, sie hätten für die Ablagerung von 300 Kubikmeter Klärschlamm in Geschinen eine Bewilligung des Kantons. Die Dienststelle für Umweltschutz ist anderer Meinung: Die Ablagerung erfolgte «ohne Bewilligung» und die mündlich gestellten Bedingungen wurden «nicht eingehalten.»**

In einem Brief vom 17. Mai 2000 an die ARA Goms hält der Chef der Dienststelle für Umweltschutz (DUS) Jean-Pierre Schnydrig fest, dass der Klärschlamm in Geschinen «ohne Bewilligung zwischengelagert» wurde. Zudem wurden die von der DUS im April 2000 mündlich gestellten «Bedingungen nicht eingehalten.» Von den sechs nicht eingehaltenen Bedingung sei hier nur die erste genannt: «Provisorische Zwischenlagerung des entwässerten Klärschlamms. Es wäre ideal den Klärschlamm angehäuft während ca. 6 Monaten auf einer dichten Fläche lagern zu können, um dessen Verwendung zu erleichtern.» Die Lagerung auf einer dichten Unterlage ist notwendig, um die gesetzlichen Vorschriften des Gewässerschutzes einzuhalten.

Laut Schnydrig hat die ARA Goms anfang April ein Gesuch für die Verwertung des Klärschlamms in Geschinen gestellt. Die Klärschlammablagerungen in Geschinen erfolgten allerdings bereits im letzten Herbst und in der ersten April-Woche. Die ARA Goms hat also das Gesuch erst dann eingereicht, als der Klärschlamm bereits deponiert war, beziehungsweise gleichzeitig mit der Zwischenlagerung in Geschinen.

Detailliertes Konzept fehlte

Mit dem Gesuch hätte die ARA Goms ebenfalls ein detailliertes Konzept für die Wiederverwertung des Klärschlammes einreichen sollen. Wie aus dem Brief des Kantons hervorgeht, ist die ARA Goms dieser Forderung nicht nachgekommen. Schnydrig listet in seinem Brief die «zu ergreifenden Massnahmen und Bedingungen» auf:

- Ernennung eines Verantwortlichen für die Überwachung der Arbeiten (Ingenieurbüro)
- Vorschriftgemässe Zwischenlagerung und Mischung des Klärschlammes
- Bestimmung des Ortes für die provisorische Lagerung
- Herkunft des Humus oder der mineralischen Aushuberde
- Menge des zu verwendenden Klärschlämmes in m^3
- Herkunft des Klärschlammes
- Datum der jeweiligen Lieferungen
- Probeentnahme und Bodenanlyse ein Jahr nach Verwendung
- Schlussbilanz

Folglich ist das Gesuch der ARA Goms unvollständig und kann so gar nicht bewilligt werden. Der Vergleich mit der illegalen Klärschlammdeponie im Ebnet bei Lax drängt sich auf: Zwar wurde auch hier ein Gesuch eingereicht, jedoch fehlte ein detailliertes Konzept. Auch in Lax hat der Kanton laut Angaben von Toni Borter, Betriebsleiter der ARA Briglina, eine mündliche Bewilligung gegeben. Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet war im Grossen Rat anderer Meinung: Die Deponie ist illegal und muss aufgeräumt werden. Zudem gibt es Bussen für die Verantwortlichen.

Kanton muss handeln

Auch die Dienststelle für Wald und Landschaft (DWL) ist am Bewilligungschaos beteiligt. Am 17. April hat die DUS das Dossier an die DWL zur Beurteilung weitergeleitet. Einen Monat später herrschte immer noch Funkstille. Erst am 25. Mai entschuldigte sich der Vizechef der DWL, Charly Wuilloud, für «das Versäumnis». Statt die Vormeinung der zuständigen Sektion Natur und Landschaft einzuholen, schrieb er eiligst einen kurzen Brief und stellte die Bedingung, dass «die Bauern verständlicherweise im Genuss der ökologischen Beiträge bleiben möchten.» Ein weiterer Grund gegen eine Bewilligung, weil der Bio-Standard die Verwendung von Klärschlamm verbietet.

Der Klärschlamm liegt seit rund zwei Monaten hinter dem Damm. Der Gestank belästigt Einheimische und Gäste. Es ist höchste Zeit, dass das Baudepartement handelt und die Beseitigung des Klärschlammes verlangt und damit der Forderung des Geschiner Gemeinderates folgt.

Wann handelt das Baudepartement und lässt die stinkende Masse endlich entfernen?

RA-Redaktor Kurt Marti vor der Friedensrichterin

Anwalt Urban Carlen glänzte mit Unkenntnis der Fakten

Mit Hilfe von Rechtsanwalt Urban Carlen zitierte die Bauunternehmung Albin Weger Söhne AG den RA-Redaktor Kurt Marti am 8. Juni vor die Friedensrichterin von Brig-Glis, und zwar mit dem Vorwurf der Ehrverletzung. Nach der Lektüre des RA-Artikels vom Mai (Nr. 162) sei «der unbefangene Leser zweifellos der Ansicht,» dass sich die Bauunternehmung Albin Weger Söhne AG «unredlicher Machenschaften bediente. Ja, es wird sogar der Eindruck erweckt, als ob die Instanten sich eines Strafvergehens schuldig gemacht hätten.»

Mündliche Bewilligung…

An der Einigungssitzung erschien Carlen alleine. Albin Weger und seine beiden Söhne waren abwesend. Carlen stellte sich auf den Standpunkt, Weger habe eine mündliche Bewilligung und man könne von einem «kleinen Gommer Bauunternehmer» nicht verlangen, dass er wisse, dass es eigentlich eine schriftliche Bewilligung brauche. Immerhin war Albin Weger jahrelang CVPO-Grossrat und Gemeindepräsident von Münster. Zur Zeit ist sein Sohn Philipp im Gemeinderat.

Anwalt Carlen staunte nicht schlecht als er vor der Friedensrichterin erfahren musste, dass die Dienststelle für Umweltschutz der Meinung ist, dass das Klärschlammzwischenlager «ohne Bewilligung» errichtet wurde. Offenbar hatte Carlen es unterlassen, beim Kanton telefonisch nachzufragen, wie es mit der Bewilligung tatsächlich stand. Zudem erklärte Carlen in bezug auf die konkreten Fakten könne er nicht mitreden und müsse einen Experten beiziehen. Trotzdem scheute er sich nicht, von Kurt Marti die Übernahme der Anwalts- und Gerichtskosten zu verlangen. Die Sitzung brachte keine Einigung.

Jetzt will auch Tourismusprofi Amadé Perrig, was UmweltschützerInnen schon lange fordern

Goms autofrei: Stopp dem stinkenden und lärmenden Durchgangsverkehr!

(ktm) **– Wenn das Goms so weiterfahre, bekomme es Probleme. Das Goms brauche eine Kehrtwende, sonst würden die Leute das Tal verlassen und die touristische Infrastruktur werde verlottern. Deshalb brauche es einen grossen Wurf. «Ein autofreies Goms wäre der Renner.» Dies sagt niemand anders als der FO-Marketingleiter Amadé Perrig, der frühere Kurdirektor von Zermatt. Er nimmt damit eine Idee auf, welche von fortschrittlichen GommerInnen schon seit Jahren vertreten wird.**

Der FO-Marketingleiter und Generalsekretär von «Best of Alps» Amadé Perrig nimmt kein Blatt vor den Mund: «Wenn die Gommer so weiterfahren, dann sehe ich Probleme. Im Goms fehlen die Vordenker und Leader, jedes Dorf schaut für sich. Die Landflucht wird noch zunehmen und die touristische Infrastruktur wird verlottern, weil kein Geld vorhanden ist.»

Autofreies Goms von Fiesch aufwärts

Perrig verweist auf die Trümpfe des Gommer Tourismus, nämlich die Natur, die Kulturlandschaft und die gute Alpenluft. Hier müsse der Gommer Tourismus ansetzen und im hartumworbenen, internationalen Tourismusmarkt «etwas Spezielles anbieten.» Der Tourismusprofi ist überzeugt, dass das Goms «eine Kehrtwende, ja einen grossen Wurf» braucht, um auch in 20 Jahren auf dem Tourismusmarkt zu bestehen. Das Rezept: «Ein autofreies Goms von Fiesch aufwärts wäre der Renner.»

Das Rezept ist nicht neu. Links-grüne Kreise haben schon längst entsprechende Vorschläge in die Diskussion gebracht. Der überbordende und stets wachsende Durchgangsverkehr ist sowohl für Einheimische und für Gäste ein Ärgernis. Das regionale Entwicklungskonzept aus dem Jahre 1994 kommt zum Schluss: «Massnahmen zur Verkehrsbeschränkung sind dringend.» Besonders im Sommer sind die Ferienwohungen in den Dörfern nur sehr schwer vermietbar. Während die Lebensqualität in den Wohnquartieren der Städte zunimmt, verschlechtert sie sich in den Touristenorten aufgrund der Automobilität. Mitten in Brig-Glis ist der Verkehrslärm heute geringer als in den Gommer Dörfern.

Gesamtkonzept über die Zukunft des Goms

FO-Marketingleiter Perrig ist sich bewusst, dass die Sperrung der Kantonsstrasse als isolierte Massnahme untauglich ist. «Es braucht ein Gesamtkonzept. Die rechtlichen Probleme müssen auf der politischen Ebene ausgeräumt werden. Für die Gastronomie sind zusätzliche neue, kreative Ansätze notwendig. Auf den Pässen könnte beispielsweise ein Kutschenbetrieb wie vor 100 Jahren eingerichtet werden. Die Kantonsstrasse könnte als Veloweg dienen.» Zudem fordert Perrig eine Top-Infrastruktur mit Erst-Klasse-Hotels und die Förderung des Golfsports.

Dabei sollen die Fehler der grossen Tourismusorte vermieden werden. Perrig, welcher Zermatt unter anderem wegen des überbordenden Bautourismus den Rücken kehrte, fordert eine «stringente Raumplanung, um einem überbordenden Bautourismus vorzubeugen.» Die Verbesserung der Infrastruktur habe «gezielt und konzentriert» zu erfolgen.

Autoverlad sowieso in Frage gestellt

Mit einem autofreien Goms wäre zweifellos die FO-Bahn gefordert. Neben dem Glacier-Express müsste der regionale FO-Betrieb wieder ins Zentrum rücken. Dazu Perrig: «Auf die FO-Bahn kämen ganz andere Aufgaben zu. Ich kann mir vorstellen, dass die FO rund um die Uhr einen 24-Stunden-Betrieb einrichtet. Die FO müsste quasi immer bereit sein. Natürlich müsste die FO mit einem Top-Rollmaterial ausgerüstet werden.» Konsequenzen hätte die Strassenschliessung auch für den Autoverlad, dessen Weiterbetrieb laut Perrig «sowieso in Frage gestellt ist, wenn dieser so weitergeht wie bis jetzt.»

Regionssekretär Bernhard Imoberdorf ist auf Anfrage erstaunt über Perrigs Ideen.

***FO-Marketingleiter Amadé Perrig:** «Ich kann mir vorstellen, dass die FO-Bahn rund um die Uhr einen 24-Stunden-Betrieb einrichtet.»*

Erfreut zeigt er sich darüber, dass die Idee eines autofreien Goms diesmal nicht aus der links-grünen Ecke komme, sondern von einem anerkannten Tourimusexperten. «Das erhöht die Akzeptanz.» Perrig ist gewillt, die Idee sobald als möglich weiterzuentwickeln und schlägt vor, dass eine Persönlichkeit aus dem Goms die Koordination für ein Gesamtprojekt «Autofreies Goms» übernimmt. Zudem brauche es eine Arbeitsgruppe, in der alle Interessengruppen vertreten sind und den Beizug von externen Experten.

Sitzt FO-Direktor Rolf Escher schon im richtigen Zug?

Ein autofreies Goms bringt grosse Entwicklungschancen für die FO-Bahn und damit zahlreiche regionale Arbeitsplätze bei der Bahn. FO-Direktor und CVPO-Ständerat Rolf Escher ist auch Präsident der «Vereinigung Oberwalliser Verkehr und Tourismus» (VOV). Als VOV-Präsident hat Escher im Vorfeld der Abstimmung zur Verkehrshalbierungs-Initiative den Teufel an die Wand gemalt über die Folgen einer Annahme. Ein VOV-Inserat wortwörtlich: «Gerade der Tourismus ist – vor allem bei uns – extrem stark auf die Strasse angewiesen.» Es stellt sich die Frage: Sitzt FO-Direktor Escher schon im richtigen Zug? FO-Marketing-Leiter Perrig ist optimistisch. Wenn ein autofreies Goms nicht als isolierte Massnahme, sondern als Gesamtprojekt daherkomme, von dem auch die FO-Bahn profitiere, werde auch FO-Direktor zustimmen. Wir sind gespannt!

- **Krankenpflegerin in Ausbildung verdient 450 Franken im Monat**
- **Dutzende hängen ihren Job wegen Stress und Überstunden an den Nagel**
- **Chirurgiestation im Visper Spital wegen Peronalmangel geschlossen**

Pflegepersonal in Oberwalliser Spitälern unter Druck

Die Spitäler von Brig und Visp sind unter Spardruck. Gespart wird vor allem beim Personal. Obwohl dringend Handlungsbedarf besteht, ist ein Ende der Hahnenkämpfe zwischen den Spitälern von Brig und Visp nicht in Sicht.

Die anfänglich hitzige Diskussion um die Oberwalliser Spitalpolitik ist abgeflaut. Die Gemeinden spielen auf Zeit. Die Probleme im Gesundheitswesen können aber nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die Überkapazitäten im Oberwalliser Gesundheitswesen müssen abgebaut werden, um auch langfristig eine qualitiativ gute medizinische Versorgung gewährleisten zu können. Wird nicht bald eine Lösung gefunden, werden die Krankenversicherer, welche die teure Kirchturmpolitik mitberappen, den Spitalpoker nicht mehr mitspielen. Nicht nur die Krankenversicherer auch das Spitalpersonal, allen voran die KrankenpflegerInnen tragen die Last der doppelspurigen Spitalpolitik im Oberwallis.

Spitalpersonal gerät unter Druck

Anfangs Mai legte das Zürcher Pflegepersonal die Arbeit nieder, um gegen ihre inakzeptablen Arbeitsbedingungen zu protestieren. Personalmangel müssen die PflegerInnen durch Überstunden und Zusatzschichten ausgleichen. Auch die auszubildenden PflegerInnen sammelten mit einer Petition Unterschriften, um auf ihre unhaltbare Situation aufmerksam zu machen. Nicht nur in Zürich, auch im Oberwallis wächst der Unmut beim Pflegepersonal. Dauerstress und schlechte Arbeitsbedingungen wie Unterbezahlung und unregelmässige Arbeitszeiten veranlassen das Pflegepersonal zu Dutzenden ihren Job an den Nagel zu hängen. Eine ganze Station der Visper Chirurgie muss künftig wegen Personalmangel eingestellt werden. Auch in Brig ist die Situation nicht besser.

Vor allem die Kleinsten in der Spitalhierarchie müssen unten durch. An der Schule für Krankenpflege fallen 40 % der zu prüfenden SchülerInnen durch die praktische Prüfung, weil nicht genug Personal zur Verfügung steht, um die angehenden PflegerInnen auszubilden.

Akuter Personalmangel und immer mehr Stress

SchülerInnen der Walliser Schule für Gesundheits- und Krankenpflege (WSGKP) berichten von Wochenendarbeit und Nachtschichten, um den akuten Personalmangel in den Spitälern von Brig und Visp auszugleichen. Die angehenden SchülerInnen befinden sich im Studentenstatus. Ihre Arbeitsbedingungen sind also in keinem Arbeitsvertrag festgelegt und dies wird von den Spitälern schamlos ausgenutzt.

Eine Schülerin berichtet: «Während den gesamten vier Ausbildungsjahren erhalten wir einen Monatslohn von 450 Franken. Eigentlich arbeiten wir 35 Stunden pro Woche, ein Tag steht uns zum Lernen zur Verfügung. Die vorgegebenen Arbeitszeiten werden aber in den wenigsten Fällen eingehalten. SchülerInnen werden regelmässig eingesetzt, um das überlastete Pflegepersonal zu unterstützen. Das heisst Überstunden und Arbeit am Wochenende.

Hippokrates-Millionäre verteidigen ihre Privilegien

Bis jetzt schluckte das Pflegepersonal der Oberwalliser Spitäler ihre Situation und meldeten sich in der Spitaldiskussion nicht zu Wort. Einzig die hippokratischen Millionäre mischen kräftig mit. Wie schon in der Diskussion um die neuen Arzttarife wie auch jetzt bei den Verhandlungen um die Spitalfusion kämpfen die Grossverdiener im Spital um ihre medizinischen Statussymbole und um ihre Löhne, die selten unter der 200 000 Franken Marke liegen. Mit allen Mitteln versuchen sie die Spitalfusion zusammen mit den Gemeinden zu blockieren. Munter werden teure Apparaturen doppelt eingekauft und eine Lösung im Gesundheitssektor bekämpft. Wie lange sich das Pflegepersonal und die Prämienzahler das Spitaltheater noch gefallen lassen, wird sich zeigen.

Juso Oberwallis
Pinto Cyrill

Liesi's Interview mit dem Polizeikommissär Pfunz

LIESI INTERVIEW

Ds Liesi: Herr Polizeikommissär Pfunz, vor einigen Wochen haben Sie an jede Poststelle im Kanton Nebenwalden die Weisung geschickt, jedes nach Cannabis riechende Paket an die Polizei zu senden. Was war der Erfolg dieser Aktion?

Pfunz: *Bis anhin haben wir drei verdächtige Postgüter zugeschickt bekommen. In einem Paket fanden wir 180 g Cannabis.*

Ds Liesi: Und in den beiden anderen?

Pfunz: *Nun, es handelte sich weiter um einen Brief aus Hanfpapier und ein Paket mit Teekräutern darin.*

Ds Liesi: Also keine allzu erfolgreiche Aktion…

Pfunz: *Das möchte ich bestreiten, wir werden die Pöstler noch schulen müssen und ihnen sogar einen Drogenhund zur Verfügung stellen, der auch Post verteilen kann. Dann wird sich unsere Bilanz verbessern.*

Ds Liesi: Was lernen die Postträger in der Schulung?

Pfunz: *Es geht darum, aus drei verschiedenen Paketen das Hanfpaket herauszuschnüffeln. In den anderen Paketen befinden sich dann Weihrauch und Myhrre. Ziel ist es, den Geruchssinn für Cannabis zu sensibilisieren. Die Postträger mit der besten Nase werden dann hauptberuflich die Post abschnuppern.*

Ds Liesi: Erinnern diese Methoden nicht an einen Überwachungsstaat?

Pfunz: *Überhaupt nicht, schliesslich öffnen wir nur die verdächtige Post. Ausserdem müssen wir etwas tun, bevor sich hier die kolumbianische Drogenguerilla ausbreiten kann… Nun, leider muss ich dieses Interview beenden, die Pflicht ruft. Wir Polizisten können nicht nur reden, sondern auch handeln.*

Nachdem er sich vom Liesi verabschiedet hat, schreitet der Kommissär zur Tat. Er trifft sich mit zwei weiteren uniformierten Herren und gemeinsam betreten sie den Raum, in dem die erbeuteten Päckchen gelagert werden. Aus der Stereoanlage ertönt die Stimme Bob Marleys und die Polizisten machen sich daran, das Cannabis-Paket auf unbürokratische Weise zu vernichten: Der Inhalt wird in Papiertüten abgefüllt, angezündet und geraucht. Einzig süsser Qualm bleibt übrig und ein gutes Gefühl, denn die Aktion hat sich gelohnt…

Walliser Strafvollzug im Kreuzfeuer der Kritik

Rechtsprofessor geht mit Gertschens Erbe hart ins Gericht

(ktm) **– In einem bisher unveröffentlichten Bericht geht der Lausanner Professor für Rechtsmedizin Patrice Mangin mit dem Erbe des ehemaligen Walliser Justizdirektors Richard Gertschen hart ins Gericht. Die «Rote Anneliese» hat Gertschens Nachfolger Jean-René Fournier mit den Anwürfen konfrontiert und liefert eine Zwischenbilanz.**

Nach dem Abtreten des Justizdirektors Richard Gertschen im Jahre 1997 gaben die Staatsräte Jean-René Fournier und Peter Bodenmann einen Expertenbericht über die Walliser Gefängnisse in Auftrag. Im Herbst 1998 lieferte der Lausanner Professor für Rechtsmedizin Patrice Mangin seinen Bericht mit einer langen Liste von Forderungen. Auf der Grundlage einer Untersuchung des «Europäischen Rates» prangerte Mangin die menschenrechtswidrigen Zellen der Kantonspolizei in der Sittener Rue de Conthey an. Laut Auskunft von Staatsrat Fournier stehen die menschenrechtswidrigen Zellen «seit Anfang 1999 nicht mehr zur Verfügung.»

Fünfzehnjährige hinter Schloss und Riegel?

Ebenfalls hart ins Gericht ging Professor Mangin mit der Arbeitserziehungsanstalt für Jugendliche in Pramont. Seit 1993 werden dort auch minderjährige Jugendliche (15–18 Jahre) in Untersuchungshaft gesetzt. In den Jahren von 1994 bis 1998 haben sich die Hafttage von Minderjährigen in Pramont fast vervierfacht. Laut Professor Mangin werden die Jugendlichen «mangels einer besseren Lösung durch die Gerichte für Minderjährige zugewiesen.» Eine gesetzliche Grundlage fehle. Es sei besorgniserregend, dass die Jugendlichen «ohne Tätigkeit in Untersuchungshaft verweilen.»

Die Insassen werden laut Mangin immer jünger und immer gewalttätiger. Es stehe die Wiedereingliederung von Jugendlichen auf dem Spiel, «denen man mangels Personal nur Wache bieten kann.» In den Bau der Anstalt von Pramont habe der Kanton sehr viel Geld gesteckt und es sei «schade, dass diese nicht besser verwendet wird.» Mangin fordert in seinem Bericht eine verstärkte Präsenz von Erziehern und grundsätzlich eine Reflexion bezüglich der Zukunft von Pramont. Staatsrat Fournier verweist auf «das neue Erziehungskonzept, das nächstens dem Bundesamt für Justiz zur Bewilligung unterbreitet» werde. Es handelt sich dabei bereits um den zweiten Versuch. Einen ersten Versuch wies das Bundesamt für Justiz 1992 zurück und stellte fest, dass «das unterbreitete Erziehungskonzept nicht den gestellten Anforderungen entspricht.»

Umstrittene Methadonabgabe

Im Schnitt sind 30 Prozent der Gefangenen drogensüchtig. Laut Professor Mangin hat sich die Methadonbehandlung bewährt. Es sei «bedauernswert», dass in den Walliser Gefängnissen eine Methadonbehandlung während des Strafvollzuges nur über kurze Zeit weitergeführt werden könne. Zudem sei der Beginn einer Methadonbehandlung während des Strafvollzuges nicht möglich. Mangin verlangt die Abänderung der diesbezüglichen Richtlinien aus dem Jahre 1996, welche eine Methadonbehandlung verbieten.

Laut Jean-Daniel Barmann, Leiter der Walliser Liga gegen die Suchtgefahren (LVT), hat die kantonale Drogenkommission «Cocatox» die Vorschläge von Professor Mangin aufgenommen und Ende 1999 dem Staatsrat Vorschläge zur Abänderung der Richtlinien unterbreitet. Fournier bestätigt, dass in den ausgearbeiteten Richtlinien die Methadonabgabe in den Strafanstalten vorgesehen sei. Der Entscheid steht jedoch noch aus.

Fourniers Justizdepartement fährt einen ideologischen Anti-Drogen-Kurs. Die Spritzenabgabe bleibt tabu.

Keine Chance für Spritzenabgabe

Laut Bericht des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) ist der Anteil der HIV- und Hepatitisinfizierten in den Strafanstalten besonders hoch und damit auch die Gefahr von Virusübertragungen. Das BAG schreibt in einem Bericht, dass die Spritzenabgabe das Ansteckungsrisiko erheblich verringert und den illegalen Drogenkonsum reduziert. Zudem habe sich die Hypothese, dass die Spritzenabgabe zum Drogenkonsum animiere, in wissenschaftlichen Untersuchungen nicht bestätigt. Trotzdem ist die Spritzenabgabe in den Walliser Gefängnissen tabu. Barmann sieht gegenwärtig «keine Chance» zur Spritzenabgabe in den Walliser Gefängnissen. Der ideologische Anti-Drogen-Kurs in Fourniers Departement verhindert eine vernünftige Lösung.

Durchzogene Bilanz

Aufgrund des Expertenberichts von Professor Mangin kam es zur Erhöhung des Personalbestandes. Im neuen Untersuchungsgefängnis in Sitten wurden fünf Personen angestellt und in Pramont zwei Erzieher. Zudem gibt es erstmals einen Sozialarbeiter. Diese Massnahmen sind erste Schritte zur Verbesserung der Situation. Weitere müssen folgen.

Pendent bleiben folgende Forderungen von Professor Mangin:

- **In Crêtelonge muss der Innenhof für Spaziergänge in bezug auf die Massnahmen im Ausländerrecht menschengerecht umgestaltet werden.**
- **Der Gesundheitsdienst muss dem Departement für Gesundheit unterstellt werden, damit die KrankenpflegerInnen ohne Bevormundung durch die Wärter arbeiten können.**
- **Artikel 95 des Reglementes über die Strafanstalten muss gestrichen werden (Arztbesuch nur mit Bewilligung des Richters).**
- **Artikel 49, Absatz 4 des Reglementes über die Strafanstalten muss abgeändert werden (Achtung des Willens des Gefangenen während des Hungerstreiks).**
- **Artikel 78 des Reglementes über die Strafanstalten muss abgeändert werden (gründliche Körperkontrollen durch einen externen Arzt).**

Der neueste Streich der Gebrüder Heinzmann

Jumbo Eyholz: 100 Parkplätze ohne Bewilligung

(aw) **– Im Jahr 1995 öffnete der Jumbo bei Eyholz seine Tore. Die Bewilligung des Kantons beschränkte die Zahl der Parkplätze auf 289. Doch die Bauherren Franz und Erich Heinzmann erstellten über 400 Plätze. Die Gemeinde Visp und der Kanton schauten weg. Jetzt will die Gemeinde die illegal erstellten Parkplätze im nachhinein bewilligen. Die dreisten Bauherren sollen nicht einmal gebüsst werden.**

Die Kleinen hängt man, die Grossen lässt man laufen.

Zweierlei Recht

Wer hierzulande ohne den Segen der Behörden ein Fenster ausbricht oder ein Gartenhäuschen aufstellt hat postwendend die Baupolizei auf dem Buckel. Die Gemeindebehörden ahnden solche Vergehen in der Regel mit Bussen und gelegentlich gar mit Abbruchverfügungen.

Grosse Bausünder dagegen werden oftmals mit Samthandschuhen angefasst. In den Tourismusstationen wurden in den letzten Jahren ohne rechtsgültige Bewilligungen gleich hektarweise Pisten planiert (z. B. Fiesch), Wald gerodet (z. B. Zermatt) und ein Parkhaus gebaut (z.B. Saas Fee). Bussen gab es in keinem der Fälle.

Nun bestätigt auch die Gemeinde Visp das bekannte Sprichwort: «Die Kleinen hängt man, die Grossen lässt man laufen.» Der Visper Gemeinderat will den Gebrüdern Franz und Erich Heinzmann, die in Eyholz mehr als 100 Parkplätze ohne Baubewilligung erstellten, im Nachbewilligungsverfahren den Persilschein erteilen. Nicht einmal eine Busse soll ausgesprochen werden.

Fiese Tricks

Der Jumbo, das riesige Einkaufszentrum bei Eyholz, wurde 1993 mit total 289 Parkplätzen bewilligt. Die Gebrüder Heinzmann selbst hatten im Verlaufe eines Rechtsverfahrens die ursprünglichen 479 Parkplätzen auf unter 300 gesenkt. Sie liessen gar ein Gutachten erstellen, das nachwies, dass kein Bedarf nach mehr Parkplätzen bestehe.

Doch die Gebrüder Heinzmann führten die Behörden tüchtig an der Nase herum. Sie reduzierten nämlich die Zahl der Parkplätze nur vordergründig auf dem Papier. In Wirklichkeit liessen sie mehr als 100 zusätzliche Parkplätze erstellen, also insgesamt über 400.

Ziel der vorgetäuschten Verringerung der Zahl der Parkplätze war es, den Verkehrsclub der Schweiz (VCS) aus dem Verfahren zu kippen. Der VCS hatte gegen das Projekt eingesprochen, weil der Eyholzer Bevölkerung die Lärm- und Luftbelastungen des Mehrverkehrs des Einkaufszentrums nicht zuzumuten seien. Nachdem die Bauherrschaft die Zahl der Parkplätze unter 300 «senkte», mussten die Behörden die Bedenken des VCS nicht mehr anhören. Denn Parkanlagen mit weniger als 300 Autoabstellplätzen brauchen nämlich keine Umweltverträglichkeitsprüfung und ideelle Vereinigungen wie der VCS haben folglich kein Einspracherecht.

Mit dem «Kunstgriff» der Senkung der Parkplätze konnten die Heinzmann Brothers den VCS als letzten ernsthaften Kritiker des Einkaufszentrums zum Schweigen bringen. Sie erhielten postwendend die Baubewilligung. Und der Walliser Staatsrat verknurrte den VCS dazu, dem Anwalt der Gebrüder Heinzmann 500 Franken Parteientschädigung zu überweisen…

Persilschein bestellt

Anfangs Mai haben die Gebrüder Heinzmann im Amtsblatt das Gesuch gestellt, die erfolgte «Parkplatzerweiterung» im Rahmen eines Nachbewilligungsverfahrens rein zu waschen.

Das Dossier liegt nun in den Händen des Visper Gemeinderates Anton Andenmatten. Obwohl sein Ingenieurbüro im Auftrag der Gebrüder Heinzmann im Jahr 1993 den Parkplatzbedarf für das Einkaufszentrum berechnete und dabei auf die Zahl von maximal 289 Plätzen kam, ist Andenmatten bisher nicht in den Ausstand getreten. Auch hat er im Rat keinen Bussantrag gegen die Gebrüder Heinzmann gestellt.

Der VCS seinerseits wendet sich in einer Einsprache an die Gemeinde Visp gegen die «Parkplatzerweiterung», die Eyholz unnötigen zusätzlichen Verkehr beschert, und damit eine Zunahme der Umweltbelastungen und eine Abnahme der Verkehrssicherheit. Er verlangt, die Bauherrschaft zu büssen und die illegal erstellten Parkplätze abzubrechen. Denn nur so werde das geltenden Bau- und Umweltrecht respektiert und auch gegenüber grossen Fischen durchgesetzt.

Charles-André Udry: «Leuenberger muss sich entscheiden zwischen Oper oder Streik des Spitalpersonals!»

(eg) **– Am 16. September steigt in Leuk-Stadt ein Politgipfel der SPO *(siehe Agenda)*. Thema: Sozialismus als Gesellschaftsentwurf. Einer der Hauptreferenten wird der Walliser Charles-André Udry sein. Udry ist Mitglied der Vierten Internationalen. Die «Rote Anneliese» stellte ihm Fragen zur aktuellen Politik der Linken.**

Rote Anneliese: Kannst Du einen kurzen Überblick geben über Ursprung und Bedeutung des Begriffs Sozialismus?

Udry: In der Lehre von Marx beruht der Sozialismus im Widerspruch des Kapitalismus. Das kapitalistische System folgt einem widersprüchlichen Ziel. Einerseits entwickelt es die produktiven Kräfte der menschlichen Arbeit und die Produktion von Gebrauchsgegenständen und Konsummitteln. Andererseits werden Gebrauchsmittel nur dann produziert wenn sie Profit abwerfen. Das Medikament gegen die Meningitis ist in Afrika nicht notwendig weil dieses teure Medikament dort unbezahlbar ist. Der Kapitalismus richtet sich nur nach der Rentabilität von grossen privaten Investitionen.

«Ihr Vorbild ist Clinton mit seinen 45 Millionen Armen in den USA.»

Der Sozialismus ist die Antwort auf diesen Widerspruch. Der Sozialismus will ein Produktions- und Verteilsystem basierend auf einer demokratischen Planung durch die betroffenen ArbeiterInnen. Die Form der Selbstorganisation und Selbstverwaltung darf in keinem Fall auf einer überstaatlichen Ebene funktionieren.

Der Sozialismus schliesst den Privatbesitz, der sich auf einige wenige hundert Multis konzentriert die ohnehin nur auf den eigenen Profit bedacht sind, aus. Dieses System muss umgestürzt werden.

An den vielfältigen Formen des Kollektivbesitzes müssen die ArbeiterInnen in jedem Fall beteiligt sein.

Der Fall der Berliner Mauer wurde gleichgesetzt mit dem Niedergang des Sozialismus. Hat der Sozialismus als Gesellschaftsentwurf effektiv ausgedient?

Das ist ein Klischee der Journalisten. Für mich gründet der Zusammenbruch der sogenannt sozialistischen Systeme auf einer tiefen Krise, die schon in den sechziger Jahren begann. Die Schmarotzer- und Ausbeutungsbürokratie war strukturell unfähig den Bedürfnissen der Gesellschaft zu entsprechen. Gleichzeitig stieg das kulturelle Niveau in der Gesellschaft.

Die Priorität, welche dem Polizei- und Militärapparat gegeben wurde, diente der Machterhaltung. Übrigens wechselte ein Grossteil dieser Bürokratie der ehemaligen Ostblockstaaten bald einmal zu den imperialistischen Wirtschaftsführern und westlichen Machthabern.

An der Spitze der meisten europäischen Länder stehen heute linke Regierungen. Blair und Schröder marschieren auf dem dritten Weg. Was haben die grossen europäischen sozialdemokratischen Parteien noch gemeinsam mit dem Sozialismus?

Die heutige Sozialdemokratie in Europa hat nichts mehr zu tun mit der Sozialdemokratie aus den Jahren 1930, 1950 oder 1960. Ein Blick in die Chefetagen der heutigen Sozialdemokratie zeigt, dass dort Leute sitzen, die vielfach aus Wirtschaftskreisen stammen. Diese Parteiführer sind fasziniert und geblendet von den Ideen der kapitalistischen Unternehmer. Diese Form der Sozialdemokratie spielt eine entscheidende Rolle, um den Widerstand der Arbeiterschaft gegenüber der neoliberalen Offensive zu brechen. Ihr Vorbild ist Clinton mit seinen 45 Millionen Armen in den Vereinigten Staaten. Es gibt keine Verbindung mehr eines sozialistischen, demokratischen, ökologischen und emanzipatorischen Projektes mit der aktuellen Sozialdemokratie. In Deutschland lobt das Handelsblatt SP-Regierungschef Schröder über den Klee. Die Schwächung der Gewerkschaften hat den sozialdemokratischen Schwenker nach rechts zusätzlich begünstigt.

Die SP in der Schweiz distanziert sich vom dritten Weg der Blairs und Schröders. Was für ein Gesellschaftsprojekt vertritt diese Partei und gibt es tatsächlich Unterschiede zur europäischen Sozialdemokratie?

Es ist aussergewöhnlich zu hören, dass die SP Schweiz oder Christiane Brunner sich vom dritten Weg distanzieren. Eine Analyse der Ideologie der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei drängt sich nicht auf, weil es gar keine gibt. Es genügt zu erwähnen, dass die SP Schweiz den anderen europäischen Sozialdemokratien in den neoliberalen Tendenzen um Jahre voraus ist. Die SPS kämpfte 1972 für die zweite Säule, die Partei setzte sich für das liberalste Arbeitsgesetz in Europa ein, akzeptierte ein Arbeitsgesetz, das nicht einmal Jospin gegenüber den Patrons vorschlagen dürfte und die SPS akzeptierte und verwaltet jetzt ein Krankenkassensystem das zu den ungerechtesten in ganz Europa gehört. Die Reihe liesse sich beliebig fortsetzen. Die Distanzierung der SP Schweiz vom dritten Weg ist so wahr wie wenn Couchepin behauptet, er setze sich für die Interessen der Arbeiter ein und dabei gleich noch den kleinen GBI-Patron Pedrina in die Tasche steckt.

Der Kapitalismus und der Neoliberalismus feiern Urstände. Die Wirtschaft bestimmt den Lauf der Zeit, die Politik trottet hinterher. Hat die Politik ausgedient?

Um dies zu beantworten, muss man von einer Feststellung ausgehen: Seit 1980 hat die Arbeiterbewegung international Niederlagen erlitten. Die Parteien und die Gewerkschaften haben Jahr für Jahr geglaubt, die Patrons seien bereit, auf Kompromisse einzugehen.

«…wenn Couchepin behauptet, er setze sich für die Interessen der Arbeiter ein und dabei gleich noch den kleinen GBI Patron Pedrina in die Tasche steckt.»

Dies war jedoch nicht der Fall. Wenn die grossen Gesellschaften 15 bis 19 Prozent Gewinnsteigerung verlangen – wie es Marchionne mit der Lonza verlangt – bedeutet dies nur eines: die Arbeiter sollen wie Zitronen ausgepresst werden.

Der ganze Justiz- und Staatsapparat wird durch das Kapital kontrolliert und muss Garant sein für diese Rentabilitätsansprüche. In diesem Sinne ist die Politik an der Macht, jedoch für das Kapital.

Für die Linke heisst das, wenn man der Politik wieder ihren Platz geben will, die soziale Konfliktfähigkeit wieder aufleben zu lassen. Dafür muss man an die Intelligenz und Fähigkeit der Frauen und Männer appellieren die jeden Tag helfen den Reichtum einer kleinen Minderheit zu vergrössern.

Nachweislich haben viele ehemalige und traditionelle SP WählerInnen ihre politische Heimat bei den Sozialdemokraten verloren. Sie wechseln zur SVP. Eine äusserst bedenkliche Entwicklung für eine linke Partei. Wo liegen die Ursachen und was ist zu tun?

Es gibt keine Wunder. Wenn die Exponenten der Sozialdemokratie um die obersten Gesellschaftsschichten buhlen, verlieren sie den Kontakt zu den ArbeiterInnen und den Angestellten. Bundesrat Leuenberger muss sich entscheiden, ob er sich lieber an der Oper oder an einem Streik des Spitalpersonals zeigt.

Für Fragen, welche die Arbeiterschaft beschäftigt, setzt sich die Linke weniger resolut ein als die populistische Rechte. Das soziale und politische Feld wird der Rechten kampflos überlassen. Zudem kann die populistische Rechte aus den Mythen schöpfen, die ein Teil der Linken während Jahrzehnten gepflegt haben. Beispiele dafür ist das starke Heimatgefühl und damit die Ablehnung der Einwanderer, die positive Einstellung zur Armee oder das Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort und Sonderfall Schweiz.

In der Tat glaube ich, dass man europäisch eine sozialistische Bewegung aufbauen muss, die von verschiedenen Erfahrungen ausgeht und aus Teilen der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen besteht.

Im Jahr 2000 geht es uns ähnlich wie den Kameraden der ersten Internationalen aus dem Jahre 1860: wir müssen eine neue sozialistische Bewegung analog zur kapitalistischen Globalisierung gründen. Nur wenn man den Tatsachen schonungslos in die Augen schaut, entsteht der dafür notwendige Kampfwille.

Niklaus Meienberg
Ein Meister der literarischen Reportage

(he) – **Niklaus Meienberg hat mit seinen Reportagen aus Frankreich und der Schweiz Zeitgeschichte geschrieben. Mit seiner barocken Sprachgewalt entzauberte er die Mächtigen. Vierzehn Jahre lang dauerte das Schreibverbot beim Tages-Anzeiger. Im September 1993 nahm er sich das Leben. Sein Freitod löste ein riesiges mediales Echo aus.**

Niklaus Meienberg als Referent an der Ringier-Journalistenschule, 1988.

Paris – seine zweite Heimat

Obwohl Markus Niklaus Maria Meienberg gerne vorgab, in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen zu sein, stammte er aus einer gutbürgerlichen St. Galler Familie samt Dienstmädchen und Pendulensammlung. Er besuchte zuerst einmal die Benediktinerschule in Disentis und studierte anschliessend Geschichte an der katholischen Universität Freiburg im Uechtland. Später folgten ein paar Semester in Zürich. Schliesslich ging's ab nach Paris – in jene Stadt, die er bis zuletzt als seine zweite Heimat bezeichnet hat.

Mai 1968. – Meienberg schreibt zurückblickend: «1968 kam manches zum Vorschein, was jetzt unterirdisch weiter bohrt. Geduldige Maulwurfsarbeit wird an vielen Orten geleistet, und manchmal kommt's an die Oberfläche… Was vor acht Jahren ausgebrütet wurde, schlüpft immer wieder aus, schlägt mit den Flügeln und lässt hören: das Schmettern des gallischen Hahns… Nicht verdrängen, die guten Erfahrungen von damals.» Meienberg wird zu einer Leitfigur für die 68erInnen. Sein zum geflügelten Wort gewordenes «Da taar me nöd», das für ihn nicht galt, spiegelte den Aufbruch einer Zeitperiode wider. Hemmungslos überschritt er Grenzen, stellte die Mächtigen zur Rede. Er lebte wie ein Wirbelwind und verfügte über eine enzyklopädische Bildung. Meienberg schrieb nicht von ungefähr in der WoZ als freier Mitarbeiter viele wunderbare Texte.

Stilistische Brillanz

In Frankreich erprobte Meienberg einen machtkritischen Recherchier-Journalismus, der kein Papiertiger bleiben, sondern selbst zum Ereignis werden wollte. Mit unerbittlicher Hartnäckigkeit heftete er sich an die Fersen von François Mitterrand und rang ihm ein Interview ab. Er interviewte Charles Tillon, den ehemaligen Chef der bewaffneten Résistance, und den Philosophen Michel Foucault. Mit seinen Reportagen aus Frankreich setzte er journalistische Massstäbe. Als Berichterstatter betrachtete er das Geschehen nicht aus sicherer Distanz, sondern war selbst mitten drin – engagiert, parteisch und pointiert. Als er in den frühen 70er Jahren dasselbe in der Schweiz versuchte, waren die Folgen überwältigend für ihn. Denn in seinen Reportagen beliess er es nicht dabei, Ungerechtigkeiten und Verlogenheit zu denunzieren, die ihm auf Schritt und Tritt begegneten, sondern er zeigte mit dem Finger gleich noch auf die dafür verantwortlichen Personen. Meienbergs historische Arbeiten wie «Die Erschiessung des Landesverräters Ernst S» (1977), «Es ist kalt in Brandenburg. Ein Hitler-Attentat» (1980) und «Die Welt als Wille & Wahn» (1986) zeigen neue Facetten der Schweizer Geschichte.

Scharfzüngiger Kritiker

Die bürgerliche Schweiz reagierte auf die scharfzüngige Kritik mit Ablehnung. Was und worüber er schrieb, das wollten viele in der Schweiz der sechziger, siebziger und achtziger Jahre nicht hören. Die Industriellen, Aristokraten, Chefredaktoren, Historiker des «Establishments» mussten ihn, der immer wieder erfolgreich die grosse Öffentlichkeit suchte, zwar zur Kenntnis nehmen, umso fleissiger grenzten sie ihn aus und stellten ihn in eine Ecke. Das Paradoxe bestand darin, dass der Kritiker Meienberg die Anerkennung durch die offizielle und bürgerliche Schweiz begehrte und sie nie erhielt. Schlimm wog für ihn die Tatsache, dass die Angesprochenen sich nicht auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung einliessen und seine Vorstösse weitgehend wirkungslos blieben. Insbesondere seine Historiker-Kollegen hüllten sich in Schweigen, als er frühzeitig eine Debatte über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg forderte.

Schreibverbot erhalten

Meienberg wies immer wieder in seinen Artikeln auf die Verfassung von 1848 hin, die die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit garantiert. Dies hinderte allerdings den Tages-Anzeiger nicht daran, 1976 ein Schreibverbot gegen ihn auszusprechen. Meienberg hatte im Artikel «Einen schön durchlauchten Geburtstag für S. Durchlaucht» gnadenlos ein Gespräch zwischen Golo Mann und Franz Josef II, Fürst von Liechtenstein, auseinandergenommen. Daraufhin sei er wie ein räudiger Hund zum Teufel gejagt worden. Und zwar, weil «die Schwester des Verlegers Coninx in Vaduz wohnt und periodisch zum Tee ins Schloss geladen wird, aber nicht mehr nach diesem Artikel, und sich ihr Bruder Otto, als Zeitungsfürst, betroffen fühlt». Meienberg hatte drei Dynastien getroffen: Mann – Coninx – Liechtenstein. Das Vorgehen des Tages – Anzeigers hatte ihn tief gekränkt. Das Publikationsverbot blieb bis zum April 1990 bestehen – also vierzehn Jahre lang.

Erste Auszeichnungen

Im Juli 1990 beschloss die Kulturkommission der Stadt St. Gallen, Meienberg den Kulturpreis zu verleihen. Für ihn war es die erste grosse Auszeichnung. An wen wird er sich bei der Preisverleihung wenden? Er lässt es bei ein paar Seitenhieben auf die abwesende lokale Prominenz bewenden und teilt sich in zwei Personen auf: Meienberg I und Meienberg II. Meienberg I ist der introvertierte und verletzliche: «Derweil sitzt Meienberg I, der eigentliche, den ich periodisch besuche, still in einem alten Fauteuil und meditiert und gestattet sich ein paar ausführliche Depressionen.» Meienberg II ist der zum Protest Verurteilte, der wilde, böse, aggressive Streithammel, der die «vermaledeite Rolle, nämlich dort auzurufen, wo andere schweigen» zu spielen hat. Anlässlich des Kulturpreises strahlt er unmissverständliche Signale aus, dass er aus der Rolle schlüpfen möchte, in die er sich eingepfercht fühlt. Im Gedichtband «Geschichte der Liebe und des Liebäugelns» kommt denn auch ein neuer Meienberg mit anderen Seiten zum Vorschein.

Ignoriert und unverstanden

Als er 1991 den Golfkrieg in Analogie zum Vietnamkrieg deutete und primär als Aggression der Amerikaner verstanden wissen wollte, sank auch sein Kredit bei den Linken. Von seinem Büro aus versuchte er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den Krieg zu verhindern. Gleichzeitig verkrachte er sich mit seinen Freunden, die ihn in dieser Mission nicht bedingungslos unterstützen wollten. Die Folge war eine verstärkte Isolation. Vom politischen Gegner ignoriert und von den Freunden unverstanden, sah Meienberg den Sinn seiner Arbeit in Frage gestellt. «Man ist als Schreibender nichts wert, höchstens ein Unterhaltungswert. Jeder Metzgermeister hat mehr Einfluss und Sozialprestige», erklärte er wenige Wochen vor seinem Freitod.

Den starken und wortgewaltigen Meienberg endgültig zum Schweigen gebracht haben das Ende einer grossen Liebe, ein nie geklärter Überfall und ein schwerer Töffunfall, dessen Folgen seine Konzentrationsfähigkeit massiv einschränkte und beeinträchtigte. «Ich habe in den 52 Jahren mehr erlebt als andere in hundert Jahren und möchte mein Verschwinden selbst bestimmen. Das ist meine Freiheit», schreibt Meienberg in einem seiner Abschiedsbriefe. Am 21. September 1993 nahm er eine Handvoll Tabletten, spülte sie mit Rotwein runter und stülpte sich einen Kehrichtsack über den Kopf.

«Schön gemacht, aber erschwinglich»

Zum doppelten Jubiläum – 25 Jahre Limmat Verlag und 60 Jahre Meienberg – ist eine sorgfältig redigierte zweibändige Auswahl von Meienbergs Reportagen erschienen. Geordnet nach Themen sind darin die wichtigsten und besten Texte versammelt, die Meienberg zwischen 1970 und 1993 geschrieben hat. Neben Meienbergs Überlegungen zu Journalismus und Geschichtsschreibung werden zwei Texte greifbar gemacht, die bisher noch nicht in Buchform erschienen sind. Neu zu entdecken gibt es das «Jagdgespräch unter Tieren» und den Bericht über den Brand der Kapellbrücke in Luzern.

Niklaus Meienberg: Reportagen. 2 Bände, 416 und 480 Seiten, Limmat Verlag, 54 Franken.

Rede anlässlich des Besuchs des südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter Willem Botha in Zürich, Oktober 1988.

Nach-Ruf

Lieber, böser Niklaus
nun sprechen und schreiben sie alle von Dir
im Imperfekt
er war, er wurde
er schrieb, er lebte, er ging
so schnell passt sich Sprache
der Wirklichkeit an
und die Wirklichkeit sagt
seit Freitag, 16 Uhr
immer wieder dasselbe:
Selbstmord.
Und ich sitze da
und kann es
noch immer nicht glauben
obwohl Du selbst
mir davon gesprochen hast
im Sommer
der eben noch war
im Sommer
als Dich die Liebe verliess
und Dein harter Schädel
nach Deinem Unfall
langsam wieder
zu schaffen begann
und Dein weiches Herz
erbleichte vor Leere…
Was brachte Dich um
oder wer?
Die Gesellschaft
gegen welche Du anschriebst
die schweigende Mehrheit
welche Dich hasste
oder am Ende wir alle?…
Täuschen liessen wir uns
durch den Hünen Meienberg
zu wenig spürten wir
dass Du auf nichts
so dringend gewartet hast
wie auf die Frage:
Wie geht es Dir?…
Ich habe auch künftig
gerechnet mit Dir
Deinem starken Blick
für die Schwächen der Zeit
Deiner Wissbegier
Deinem Sinn für Gerechtes und Ungerechtes
für Lügen und Wahrheit
und vor allem hab ich gerechnet
mit Deiner farbigen, blühenden, blitzenden
fröhlichen, traurigen, knirschenden
Sprache
die ein Protest war
– ist! –
gegen die Langeweile des Denkens und Lebens…

Franz Hohler

Wohin man / frau geht

Alpen erwandern mit der Alpeninitiative

Wochenwanderungen:

Samstag, 8. Juli – Samstag, 15. Juli
Cottische Alpen / Valle Maira
Wanderung durch die verlassenen Täler im französichen Grenzgebiet.
– Wanderbegleitung:
Rita Huwiler und Anita Salzmann

Samstag, 31. Juli – Samstag, 7. Juli
Bündner Alpen – Veltlin
Aus dem Herzen des Schweizer Nationalparks ins Veltlin.
– Wanderbegleitung:
Beate Schlichenmaier und Anne Pickhardt

Samstag, 19. August – Samstag, 26. August
Tessiner Täler
Wanderungen im Centovalli und Valle Orsone.
– Wanderbegleitung: Kurt Singer

Samstag, 26. August – Samstag, 2. September
Gran Paradiso
Wanderung im italienischen Nationalpark.
– Wanderbegleitung: Andreas Weissen

Samstag, 2. September – Samstag, 9. September
Paradiesisches Baskenland
Zauberhaftes Verschmelzen von Natur und Kultur in den Pyrenäen.
– Wanderbegleitung:
Renate Zauner und Carlo Gubetti

Zweitageswanderungen:

15./16./17. Juli
Simplon Alpe Veglia
mit Andreas Weissen

26./27. August und 2./3. September
Sur et autour du chemin de la Gemmi
mit Serge Picker

26./27. August
Aletschgletscher-Überquerung
mit German Eyer

2./3. September
Modellregion Göschenen
mit Max Keller

28. September – 1. Oktober
Drei-Pässe-Wanderung
mit Paul Ruppen

Detailprogramm und Anmeldungen:
Iniziativa da las Alps, Postfach 29, 3900 Brig
Tel. 027 924 22 26, Fax 027 924 43 05
e-mail: wandern@alpeninitiative.ch
Hompage: www.alpeninitiative.ch

Natur entdecken im Oberwallis

6. – 16. August
Zeltlager im Oberwallis
Gruppe Jugend und Natur Oberwallis

Sonntag, 10. September
Familienplausch und Lagerrückblick
Gruppe Jugend und Natur Oberwallis

Samstag, 29. Juli
Sortengarten Erschmatt

Sonntag, 13. August
Wanderung von der Belalp über den Aletschgletscher

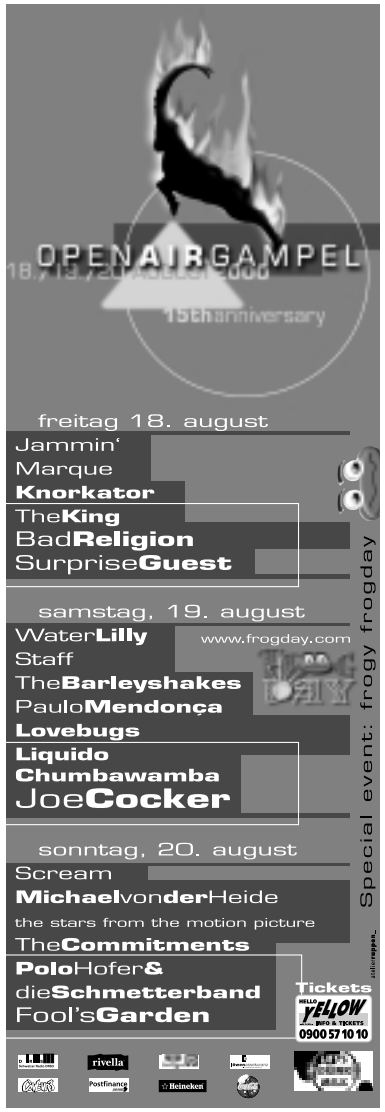
Sonntag, 3. September
Oberwalliser Umwältfäscht

Samstag, 9. September
Wasserversorgung am Brigerberg

Sonntag, 10. September
Familienplausch mit Postenlauf

Sonntag, 17. September
Zugvogelbeobachtung Col de Bretolet

Detailprogramm und Anmeldungen:
Oberwalliser Umweltsekretariat
Bahnhofstrasse 16, 3904 Naters
Tel. 027 923 61 62



FeStPlatz

– Sozialismus als Gesellschaftsentwurf
– Reformen und Reformismus

Samstag, 16. September 2000

Der Politgipfel der SPO

Referate • Podien • Diskussionen

Im und rund ums Bischofsschloss in Leuk-Sadt

Mit vielen kulturellen und kulinarischen Höhepunkten

Alle politisch Interessierten merken sich den 16. September 2000 schon im Sommer. Alle Übrigen auch.

Zu feist aufgetragen

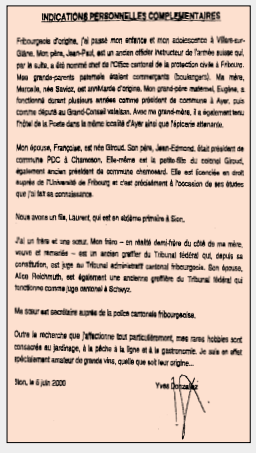
Ein altes Walliser Rezept bekam dem Nationalrat nicht!

(eg) **– Wenn's im Wallis ans Pöstchenverteilen geht, wendet man seit jeher ein Rezept an, in dem überdurchschnittlich viel Vitamin C vorkommt. Wer einen Posten will, lässt diskret im Hintergrund seine wichtigen und richtigen Beziehungen spielen. Das richtige Parteibuch angereichert mit dem Einfluss einiger gut gesinnter Politiker der eigenen Farbe, aufgepeppt mit dem Versprechen bei den nächsten Wahlen an sie zu denken wirken Wunder. Dieses uralte Walliser Rezept lässt sich jedoch nicht eins zu eins unter der Bundeskuppel anrichten. Wie das Beispiel der Nichtwahl des Walliser SVP Kandidaten Yves Donzallaz für das Amt eines Ersatzrichters am Bundesgericht zeigt.**

Für die Vergangenheit seiner Verwandten kann Yves Donzallaz nichts. Welche Rolle der Grossvater seiner Frau bei den Schüssen des Militärs auf die streikenden Arbeiter im Jahre 1932 in Genf spielte, tut eigentlich nichts zur Sache. Es sollte ja nicht der Grossvater ans Bundesgericht gewählt werden, sondern Yves Donzallaz.

Trotzdem konnte es Donzallaz nicht lassen. Nach altbewährter Walliser Manier gelangte der SVP-Kandidat mit einem Empfehlungsschreiben an die Mitglieder des Nationalrates, in dem er all seine verwandtschaftlichen Beziehungen fein säuberlich auflistete. Darin rühmt er sich nebenbei, zu seiner Verwandtschaft eine Person zu zählen, die bei den unrühmlichen Ereignissen von 1932 in Genf eine Rolle gespielt hat. Donzallaz verfehlte damit den Geschmack des Nationalrates.

Für eine Mehrheit des Nationalrates war das sippenhafte Getue mit dem gesamten Beziehungsnetz des Walliser Anwalts zu stark aufgetragen. Er wurde – wenn auch knapp – nicht gewählt, das altbewährte Walliser Rezept funktionierte in Bern nicht. Wir geben hier das Empfehlungsschreiben nach Walliser Art des gescheiterten SVP Kandidaten wieder, das unter der Bundeshauskuppel für einige Aufregung sorgte:



INDICATIONS PERSONNELLES COMPLEMENTAIRES

Fribourgeois d'origine, j'ai passé mon enfance et mon adolescence à Villars-sur-Glâne. Mon père, Jean-Paul, est un ancien officier instructeur de l'armée suisse qui, par la suite, a été nommé chef de l'Office cantonal de la protection civile à Fribourg. Mes grands-parents paternels étaient commerçants (boulangerie). Ma mère, Marcelle, née Savioz, est originaire d'origine. Mon grand-père maternel, Eugène, a fonctionné durant plusieurs années comme président de commune à Ayer, puis comme député au Grand-Conseil valaisan. Avec ma grand-mère, il a également tenu l'hôtel de la Poste dans la même localité d'Ayer ainsi que l'épicerie attenante.

Mon épouse, Françoise, est née Giroud. Son père, Jean-Edmond, était président de commune PDC à Chamoson. Elle-même est la petite-fille du colonel Giroud, également ancien président de commune chamoard. Elle est licenciée en droit suprès de l'Université de Fribourg et c'est précisément à l'occasion de ses études que j'ai fait sa connaissance.

Nous avons un fils, Laurent, qui est en sixième primaire à Sion.

J'ai un frère et une soeur. Mon frère – en réalité demi-frère du côté de ma mère, veuve et remariée – est un ancien greffier du Tribunal fédéral où, depuis sa constitution, est juge au Tribunal administratif cantonal fribourgeois. Son épouse, Alice Reichmuth, est également une ancienne greffière du Tribunal fédéral où fonctionne comme juge cantonal à Schwyz.

Ma soeur est secrétaire auprès de la police cantonale fribourgeoise.

Outre la recherche que j'affectionne tout particulièrement, mes seuls hobbies sont consacrés au jardinage, à la pêche à la ligne et à la gastronomie. Je suis en effet spécialement amateur de grands vins, quelle que soit leur origine...

Nion, le 6 juin 2000

Yves Donzallaz

Donzallaz Empfehlungsschreiben:

Zusätzliche persönliche Angaben

Ursprünglich Freiburger verbrachte ich meine Kindheit und Jugend in Villars-sur Glâne. Mein Vater, Jean-Paul, war ehemaliger Instruktor der Schweizer Armee, der in der Folge zum kantonalen Zivilschutzchef in Freiburg ernannt wurde. Meine Grosseltern väterlicherseits waren Kaufleute (Bäcker). Meine Mutter, Marcelle, geborene Savioz, stammt ursprünglich aus dem Val d'Anniviers. Mein Grossvater mütterlicherseits, Eugène, war während mehreren Jahren Gemeindepräsident in Ayer und Abgeordneter im Grossrat in Sitten. Zusammen mit meiner Grossmutter betrieb er das Hotel La Poste wie auch die angrenzende Bäckerei.

Meine Frau, Françoise ist eine geborene Giroud. Ihr Vater, Jean-Edmond, war als Vertreter der CVP Präsident in Chamosson. ***Sie selber war die Nichte von Oberst Giroud, seines Zeichens ehemaliger Gemeindepräsident in Chamosson.*** *Sie hat an der Universität von Freiburg Recht studiert und zwar genau in jener Zeit als wir Bekanntschaft schlossen.*

Wir haben einen Sohn, Laurent, der die sechste Primarschule in Sitten besucht.

Ich habe einen Bruder und eine Schwester. Mein Bruder – Halbbruder seitens meiner Mutter, verwitwet und wieder verheiratet – war Gerichtsschreiber am Bundesgericht und ist heute Richter im Freiburger Kantonsgericht. Seine Gemahlin, Alice Reichmuth, war ebenfalls Gerichtsschreiberin am Bundesgericht und arbeitet jetzt als Kantonsrichterin in Schwyz.

Meine Schwester ist Sekretärin bei der Freiburger Kantonspolizei.

Ausser der Forschung auf den verschiedensten Gebieten sind meine Hobbies Gartenarbeit, die Fischerei und die Gastronomie…

Yves Donzallaz

Wussten Sie schon,...

- **dass rund 100 000 Familien mit insgesamt 192 500 Kindern als arm eingestuft werden,**
- **dass die heutige Familienunterstützung mittels Kinderzulagen, Abzügen vom steuerbaren Einkommen und Sozialhilfe für diese Familien unzureichend sind,**
- **dass darum die SP Nationalrätin Jacqueline Fehr mit einer Motion Ergänzungsleistungen für Familien mit bescheidenen Einkommen verlangte,**
- **dass über diese Motion am 22. Juni im Nationalrat abgestimmt wurde,**
- **dass die SP geschlossen für die Motion und damit für die Unterstützung von Familien mit Kindern stimmte,**
- **dass von der CVP 15 dafür, jedoch 12 dagegen waren,**
- **dass die Motion mit 84 zu 83 Stimmen mit nur einer Stimme und damit äusserst knapp abgelehnt wurde,**
- **dass ausgerechnet der Oberwalliser Nationalrat Jean-Michel Cina dagegen stimmte,**
- **dass die CVP in Wahlzeiten nicht müde wird zu versprechen, sich für die Familien einzusetzen,**
- **dass dieses Versprechen einmal mehr nicht gehalten wurde.**

SAT-Lohndrücker Steiner hält sogar Einigungsamt zum Narren

(ra) **– Der Allein-Verwaltungsrat des Tieflohn-Betriebes SAT Akkumulatoren Technik AG in Steg, Dr. Richard Steiner, hält seit Monaten links und rechts alle zum Narren. Kein Mittel ist ihm zu billig, um jede vernünftige Diskussion über die brennenden Fragen der Beschäftigten in seinem Betrieb, über die Löhne und Arbeitsbedingungen zu verhindern.**

Nachfolgend ein paar Beispiele, wie der Briger Winkeladvokat mit allen Katz und Maus spielt.

Beispiel 1: Das Verzögerungsspiel mit dem Einigungsamt

Die Mehrheit der 190 Beschäftigten in der SAT hat trotz Vollzeitpensum und Zweischichtarbeit Netto-Löhne zwischen 2100 und 2300 Franken monatlich. Die Arbeitsbedingungen sind schlecht, die Leute stehen massiv unter Druck. Die SAT AG hält sich an keinen Gesamtarbeitsvertrag. Betriebskommission gibt es keine. Viele Frauen und Männer sind zudem nur über Temporärbüros befristet angestellt. Ihr Stundenlohn liegt inklusive Ferienlohn und Schichtzulage unter 18 Franken. Am 30. März hat die Gewerkschaft GBI die sofortige Einberufung des kantonalen Einigungsamtes verlangt. Der Staatsrat ernannte die Mitglieder des Einigungsamtes. Am 4. Juli sollte endlich die Sitzung stattfinden. Der Termin war vorher mit allen Parteien und Beteiligten abgesprochen worden. Jetzt liess das Einigungsamt die Sitzung trotzdem auf August/September verschieben. Der Grund:

- Allein-Verwaltungsrat Steiner hatte am 4. Juli plötzlich eine ganztägige Beweisaufnahme vor dem Gericht in Brig.

Unglaublich I

Ein halbes Jahr, bis die Einigungssitzung stattfinden kann – und Sitten lässt sich das gefallen

Und Geschäftsleiter Scotton weilte just ab dem 3. Juli in den Ferien.

So ein Zufall. Dass die zuständige Dienststelle für Arbeitnehmerschutz dieses durchsichtige Verzögerungs-Spiel des Dr. Steiner mitspielt, ist zusätzlich höchst fragwürdig.

Beispiel 2: Das Doppelspiel mit den Gewerkschaften

Die zuständigen Gewerkschaften SYNA und SMUV wussten seit Jahren um die Zustände in der SAT AG, schauten jedoch mehr oder minder untätig zu. Deshalb wandten sich 60 Angestellte an die Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI). Die GBI und ihr Sekretär Beat Jost sind im März gegen diese Ausbeuter-Bedingungen im Betrieb öffentlich angetreten. Seither betreibt Dr. Steiner ein Doppelspiel:

- Er verhandelt einerseits pro forma mit den bisher verschmähten Gewerkschaften SYNA und SMUV und versucht andererseits GBI-Sekretär Beat Jost mit allen Mitteln zu diskreditieren.
- Der Jurist Steiner ging sogar soweit, Beat Jost beim Staatsrat anzuschuldigen, er habe als Grossrat das Steuergeheimnis verletzt. Obwohl es weder einen Beweis noch sonst einen Beleg dafür gibt, verbreitete Staatsrat Wilhelm Schnyder diese falsche Anschuldigung flugs weiter.

Falsche Anschuldigung ist ein Offizialdelikt. Die Frage ist jetzt: Wer macht eine Strafanzeige? Und werden unsere Unterschungsrichter und Staatsanwälte in diesem Fall auch so fix vorgehen wie gegen die kleinen Hanf-Paffer?

Unglaublich II

Staatsrat Schnyder verbreitet wacker unwahre Behauptungen des Winkeladvokaten Steiner über Beat Jost weiter. Wie reagieren jetzt die Untersuchungsrichter und Staatsanwälte?

Staatsrat Schnyder rechtfertigt Billiglöhne und verbreitet falsche Anschuldigungen gegen Beat Jost weiter

Der engagierte GBI-Sekretär Beat Jost deckte schonungslos und öffentlich die Vorkommnisse rund um die SAT AG in Steg auf. Die von der GBI verlangte Einigungssitzung vom 4. Juli liess Allein-Verwaltungsrat Dr. Steiner platzen. Was hat er zu verstecken?

Unglaublich III

Steiner lügt, wenn er behauptet, seine Firma habe vom Kanton keine finanzielle Hilfe bekommen

Beispiel 3: Das Verwirrspiel um die Hilfe des Kantons

Dr. Steiner behauptete öffentlich, die SAT AG habe vom Kanton keine Wirtschaftsförderung erhalten. Der Vorsteher des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartementes, Staatsrat Schnyder, verbreitete auch diese Behauptung wacker weiter. Gleichzeitig verteidigte Schnyder – beispielsweise an der Sion-Expo – mit den gleichen plumpen Drohungen die tiefen Löhne der SAT AG. Dabei beweist die Geschichte mit der falschen Anschuldigung gegen Grossrat Beat Jost eines ganz klar:

Die SAT AG hat nach der Ansiedlung des Betriebes 1993 in Steg während mehreren Jahren von Steuererleichterungen des Kanton und damit gleichzeitig der Gemeinde profitiert.

Solche Steuererleichterungen können gemäss Gesetz, nur gewährt werden, wenn ein wirtschaftliches Interesse besteht. Das heisst im Klartext:

- Steuererleichterungen sind Wirtschaftsförderung. Die SAT AG hat Wirtschaftsförderungen erhalten. Wenn Dr. Steiner etwas anderes behauptet, so lügt er.

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig • Nr. 163 / Juli 2000